

Begrüßung:

Dem 18.-24. November 600 Millionen oder 1 Goldmark voraus zahlbar. Unter Kreuzband vom 18.-24. November für Deutschland, Danzig, Grenz- und Weimargebiet, Oesterreich, Litauen, Luxemburg 600 Millionen, für das übrige Ausland 1 Million. Postbezugsstellen freibleibend.

Der „Vorwärts“ mit der Sonntagsbeilage „Hoff und Welt“, der Unterhaltungsbeilage „Heimwelt“ und der Beilage „Siedlung und Kleingarten“ erscheint wochentäglich am Montag, Sonntag und Feiertage etwel.

Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin“

Vorwärts Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Redaktion und Verlag: SW 68, Lindenstraße 3. Fernsprecher: Redaktion: Dönhofs 292-295. Verlag: Dönhofs 2508-2507

Mittwoch, den 21. November 1923

Vorwärts-Verlag G.m.b.H., SW 68, Lindenstr. 3. Volksscheckkonto: Berlin 375 36 - Bankkonto: Direktion der Postsparkasse, Postfach 100, Lindenstraße 3

Anzeigenpreise: Die einspaltige Nonpareilgröße 0,70 Goldmark, Retikulargröße 1,50 Goldmark. „Kleine Anzeigen“ das festgedruckte Wort 0,20 Goldmark (auflösig zwei festgedruckte Worte). Jedes weitere Wort 0,10 Goldmark. Stellungsgebühr das erste Wort 0,10 Goldmark, jedes weitere Wort 0,05 Goldmark. Worte über 15 Buchstaben zählen für zwei Worte. Familienanzeigen für Abonnenten je Zeile 0,30 Goldmark. Eine Goldmark = ein Dollar geteilt durch 1,20. Anzeigen für die nächste Nummer müssen bis 4 1/2 Uhr nachmittags im Hauptgeschäft, Berlin SW 68, Lindenstraße 3, abgegeben werden. Gestrichen von 9 Uhr früh bis 5 Uhr nachm.

Wels gegen Stresemann.

Hergt entwickelt sein Programm. — KPD.-Klamauk.

Die Sozialdemokratische Partei hat gestern mit einer groß angelegten Rede des Genossen Wels den Kampf gegen das System des militärischen Belagerungszustandes aufgenommen.

Wem es bisher noch nicht klar geworden war, dem mußte es aus dieser Rede klar werden, daß die Deutsche Republik vor einer Schicksalswende steht, daß es sich in diesen Tagen entscheiden muß, ob die Demokratie der Militärdiktatur oder die Militärdiktatur der Demokratie weichen muß. Der militärische Belagerungszustand ist zu einer Gefahr für die Arbeiterklasse geworden, und je tiefer er sich einmuredelt, desto sicherer werden alle Volks- und Arbeiterrechte seiner Gewaltherrschaft erliegen.

Von den Vertretern des alten Herrtums wird der militärische Belagerungszustand planmäßig dazu benützt, sich selber wieder in den Sattel zu setzen. Noch hat bisher ein gewisser Einfluß der Sozialdemokratie die äußerste Entrechtung der Arbeiter verhindern können. Noch hat er ihnen, die durch die Krise und Arbeitslosigkeit wirtschaftlich geschwächt sind, von der politischen Seite her einen gewissen Schutz gegen die Willkür der herrschenden Klassen geboten. Dieser Schutz soll zerbrochen und damit die vollständige Unterwerfung der arbeitenden Schichten herbeigeführt werden.

Mit Recht hat Genosse Wels in seiner gestrigen Rede darauf verwiesen, daß der Reichsausnahmestand seinem bayerischen Bruder immer ähnlicher wird. Verfolgung der Sozialdemokratischen Partei, ihrer Anhänger und ihrer Presse, Vernichtung des Koalitionsrechts ist die Bohung hüben wie drüben. In Bayern ist auch schon wieder — ein beachtenswertes Symptom — die Nachtarbeit in den Bäckereien eingeführt. Verlängerungen der Arbeitszeit werden willkürlich dekretiert, Löhne nach Belieben der Unternehmer festgesetzt. Wir befinden uns in einer katastrophalen Entwicklung zu einer Lohnsklaverei, wie sie vielleicht noch in keinem Lande der Welt erlebt worden ist.

Der Kampf, den die Sozialdemokratische Partei gegen diese Tendenzen führt, sollte von der ganzen Arbeiterschaft, Arbeitern, Angestellten und Beamten mit angehaltenem Atem verfolgt und mit allen Kräften unterstützt werden.

Da bis zum Donnerstag der militärische Ausnahmezustand nicht gefallen sein wird, wird an diesem Tag oder an dem folgenden Herr Stresemann fallen. Gegen einen Reichskanzler, der sich am militärischen Ausnahmezustand festklammert, kann die Sozialdemokratische Partei nichts anderes empfinden und zum Ausdruck bringen, als scharfste Mißtrauen.

Man kann einwenden, daß mit dem Sturz Stresemanns der militärische Ausnahmezustand nicht beseitigt wird, und daß dieser Regierung eine noch schlimmere nachfolgen kann. Das ist gewiß richtig. Aber es ist ebenso richtig, daß die Sozialdemokratie ihren Forderungen kein Gewicht verleihen kann, wenn sie sich nicht bereit zeigt, aus ihrer Nichterfüllung nötigenfalls auch die äußersten parlamentarischen Konsequenzen zu ziehen. Nur dann kann sich die Partei künftigen Regierungen und Koalitionen gegenüber in Achtung sehen, wenn sie beweist, daß sie nicht nur als Bundesgenosse nützlich, sondern auch als Gegner gefährlich sein kann.

Auch das muß bedenken, die es bisher noch nicht verstanden hatten, aus der Rede des Genossen Wels klar geworden sein. Wels stand auf der Tribüne als der Vertreter einer Klasse, die zum Kampf bereit ist und auch in schwierigen Zeiten das Vertrauen auf die eigene Kraft nicht verliert.

Wegen eines vom Jaun gebrochenen Kommunistentrawalls mußte der Reichstag gestern noch auf den Schwanensang des Reichskanzlers verzichten. Dafür bekam es schon im voraus die Programmrede des Mannes zu hören, der sich selber für den kommenden hält. Es war der deutsch-nationale Parteiführer Hergt.

Der königlich preussische Dreiklassenminister a. D. Hergt hält in der Tat die Stunde für unmißbar bevorstehend, die entweder ihn selber oder seine jungen Leute als Mitglieder einer Regierung der Republik sehen wird. Und da war es interessant zu beobachten, wieviel Wasser abgestandenster Regierungsweisheit Herr Hergt jetzt schon in den Wein seiner Opposition zu gießen verstand. Herr Hergt sprach staatsmännlich besonnen gegen den Radikalismus, mit einer deutlichen Spitze gegen ganz rechts. Er versicherte, eine Regierung nach seinem Herzen wolle dem Parlament nichts zu tun, nur den „Ubertreibungen des parlamentarischen Systems“ entgegenwirken; sie sei durchaus für Gleichberechtigung und beläibe nicht gegen die Arbeiter. Nach außen hin schwor

Herr Hergt feierlich den Revanchekrieg ab, indem er versicherte, seine Regierung denke nicht daran, „einen Weltbrand zu entfesseln“. Brünstig warb er um die Gunst des Auslands, indem er versprach, seine Regierung werde in Deutschland „Ordnung schaffen“, und das sei es ja gerade, was es wolle. Mit einem lang verhaltenen Sehnachtschrei warf er sich schließlich Herrn Mussolini an den Hals.

Wenn sich die neue Regierung, mit der Herr Hergt in der Hoffnung ist, dem Ausland, das heißt der Entente, in empfehlende Erinnerung bringt, so ist es zunächst Sache des Auslands, dazu Stellung zu nehmen. Der inländische Kritiker darf sich auf die Bemerkung beschränken, daß Herr Hergt klüger getan hätte, wenn er etwas weniger plump gewesen wäre. Die deutschen Arbeiter aber wissen es genau, welche Sorte von „Gleichberechtigung“ sie von dem königlich preussischen Dreiklassenminister Hergt zu erwarten haben, daß man sich auch darüber ausführliche Betrachtungen sparen kann.

In Wels und Hergt hatten die Mächte der Zukunft und der Vergangenheit, Arbeitklasse und Herrtums die Kräfte miteinander gekreuzt. Alles war gespannt, was der Mann der Mitte dazu sagen würde, aber noch bevor Herr Stresemann den Mund öffnete, entfalteten die sogenannten Kommunisten einen blassen Standal.

Hätten diese Leute auch nur eine Ahnung davon, was es heißt, Arbeitervertreter zu sein, so würden sie verstanden haben, daß in diesem Kampf nicht anders einzugreifen war, als mit geistigen Waffen. Statt dessen belieben sie, ohne jeden Zusammenhang mit dem Gang der Verhandlungen, ganz aus dem Handgelenk heraus, eine Sausubenzene aufzuführen, zu der keine Spur von Hirn, nur eine gehörige Portion Unverschämtheit gehört.

Sei es ihnen den moralischen Erfolg der Sozialdemokratie und griffen zu dem einzigen Mittel, das ihnen zur Verfügung steht, um die Aufmerksamkeit auf sich zu lenken: zum Klamauk. Mit aller Gewalt wollten sie den sozialdemokratischen Reichstagspräsidenten dazu zwingen, die Polizei in den Saal zu holen, um nachher schreien zu können, der Sozialdemokrat hätte „gegen Arbeiter“ die Polizei geholt. Aber das gelang ihnen nicht. Es gelang ihnen nur, den Gang der Beratungen zu unterbrechen und damit den Kampf der Sozialdemokratie gegen das System des Belagerungszustandes zu obstruieren, die Sache der Arbeiterschaft, als deren Vorkämpfer sie sich gebärden, zu schädigen und der Reaktion Wasser auf die Mühle zu liefern.

Man kann das Heulen kriegen, wenn man denkt, daß es verblende Arbeiter gibt, die in dieser auf den Kopf gestellten Hülerei eine Vertretung ihrer Interessen erblicken wollen.

Wels hatte in seiner Rede kein Wort gegen die Kommunisten gesagt. Es gibt schließlich auch noch andere Dinge in der Welt, wichtigere. Aber das konnten die Kommunisten offenbar nicht ertragen, sie mußten sich in Erinnerung bringen.

Die Folge davon war, daß die ganze sozialdemokratische Fraktion in diesem Augenblick den Kommunisten gegenüber nur noch ein Gefühl empfand: Ekel und Verachtung!

Der Reichstag trat gestern zu einer großen politischen Aussprache zusammen. Die Tribünen sind überfüllt, die Bänke der Abgeordneten weisen aber noch große Lücken auf, da zahlreiche Reichstagsmitglieder noch nicht in Berlin eingetroffen sind.

Präsident Lohse eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 20 Minuten und gebietet des Ablebens des Abg. Heener (Ztr.) und des Reichsbankpräsidenten Havenstein. Der Präsident teilt weiter mit, daß wegen der Verletzung der Immunität des Abg. Kaas (Ztr.), der zweimal unter den Augen der französischen Besatzungsbehörden von sogenannten Separatisten verhaftet wurde (Miturufe), Protest erhoben worden ist. Die französische Regierung hat aber bisher darauf noch nicht geantwortet (Hört hört!) Auch Beschwerden wegen Verletzung der Immunität des Abg. Wolf (D. Rp.) durch die belgischen Besatzungsbehörden sind unbeantwortet geblieben. (Erneutes Hört, hört!)

Ein Antrag auf Strafverfolgung des pfälzischen Abgeordneten Hofmann-Koßerslautern (Soz.) wegen Hochverrats wird dem Geschäftsordnungsausschuß überwiesen.

Auf der Tagesordnung steht dann die politische Aussprache.

Abg. Koenen (Komm.) fordert zur Geschäftsordnung, daß zuerst der Reichskanzler das Wort nehmen möge.

Präsident Lohse erklärt, daß geschäftsordnungsmäßig keine Möglichkeit bestehe, dem Reichskanzler vorzuschreiben, wann er das Wort ergreifen solle.

Darauf wird in die allgemeine politische Aussprache eingetreten. Als erster erhält das Wort der

Abg. Wels (Soz.):

Im deutschen Volke wird es Verwunderung erwecken, daß die Tagung des Reichstags nicht mit einer Erklärung der Reichsregierung eröffnet wird, sondern daß die Oppositionsparteien den Reigen der politischen Aussprache eröffnen. Das ist nichts anderes als ein Mangel an Kraftgefühl auf Seiten der neuen Regierung, denn eine neue Regierung ist es, die wir vor uns haben. Jede neue Regierung bedarf aber des Vertrauens des Reichstags; sie muß also mit ihrem Programm vor den Reichstag treten. Die Regierung lehnt das ab; sie weicht dem aus; sie will zunächst die Stellung der Parteien kennenlernen. Es soll der Eindruck erweckt werden, als ob die Regierung Stresemann die alte Regierung sei. Das ist irrig. Es ist eine neue, ganz andersgerichtete Regierung, für die das Ermächtigungsgesetz, das der früheren Regierung weitgehende Vollmachten gab, nicht mehr besteht.

Dabei droht

ein Winter mit unvorstellbaren Schrecken.

Millionen unserer Volksgenossen sitzen an kalten Herden bei erloschenen Lampen, weil ihr Einkommen zu Licht und Feuerung nicht mehr reicht. Ihre verschlissene Kleidung schützt sie nicht vor Kälte, ihre Nahrung genügt nicht mehr, dauernde Hungergefühle fernzuhalten. Die so namenlos leiden, sind unschuldige Menschen; die am meisten unter ihnen leiden, sind die unschuldigsten von allen: die Kinder. Die ganze Menschheit mühte angesichts eines so ungeheuren Unglücks alle Kraft zusammenzurufen zur Hilfe und Rettung. Aber stärker als alle Werte menschlicher Solidarität zeigen sich die Kräfte der Zerstörung. Ein Staat, der im Krieges unser Gegner war und im Frieden wieder ausgehört hat, unser Feind zu sein, haut auf unserem Boden mit brutaler Gewalt und schlägt alle Versuche, ein bescheidenes Dasein unseres Volkes neu aufzubauen. Ich will gegen die Politik der französischen Regierung nicht neue Anklagen erheben; andere haben es in anderen Fragen weit wirksamer getan, als ich es vermöchte. Aber da sich Herr Poincaré neuerdings um das Schicksal der deutschen Republik besorgt gezeigt hat, möchte ich nicht unterlassen, ihm von dieser Stelle aus zu entgegnen:

Die Feinde der deutschen Republik haben nur einen Schutzhengel: der heißt Poincaré. (Sehr wahr!)

Die Versuche der deutschen Arbeiterdemokratie, die Republik zu festigen, zum französischen Volk in ein gutes Verhältnis zu kommen, um gerechte Entschädigungen für die Zerstörung des Krieges zu leisten, alle diese Versuche sind an einem Gegner gescheitert — und der heißt Poincaré. (Sehr richtig!) Schlimmeres an Unmenslichkeit hat keine Politik geleistet als jene, die sich im Namen Poincaré verkörpert. (Zustimmung.) Die Sozialisten beider Länder werden eine hertulesarbeit zu verrichten haben, um die Berge des Hasses abzutragen, die zwischen den beiden Völkern aufgerichtet worden sind. Was unsere englische Bruderpartei getan hat und noch tut, um die Gewissen wahrzurichten und einer Politik der Vernunft und Menschlichkeit den Weg zu bahnen, das wird in der Geschichte des internationalen Sozialismus eines der glanzvollsten Kapitel bleiben. Wir wären glücklich, wenn alle Deutschen für die Lage des deutschen Volkes und die sich aus ihr ergebenden Notwendigkeiten ebensoviel Verständnis besäßen wie jene englischen Arbeiter und Angestellten. (Zustimmung links, Anruhe rechts.)

Im Innern aber sind wir uneiniger und zerrissener denn je.

Der Bürgerkrieg schwelt im Gebäl und bricht da und dort in helle Flammen aus. Wo ist da in der deutschen Volkserneuerung die Mehrheit, die führt und sammelt? Wir haben uns mit bestem Willen an dem Versuch beteiligt, eine solche Mehrheit zu schaffen, er ist an der Schärfe der Klassengegensätze gescheitert. Die Klassenpolitik der deutschen Arbeiter kann in sozialrechtlicher Beziehung nicht anders sein als Reichspolitik. Mit der Reichseinheit ist die Arbeiterklasse aus Edeleid und Verdrerb verbunden. Unser Zukunftsraum in internationaler Beziehung sind die vereinigten Staaten von Europa; in nationaler Beziehung ist es die deutsche Einheitsrepublik. Darum stehen wir im schärfsten Gegensatz zu einer Politik bürgerlicher Sonderinteressen, die mit einer vorübergehenden Preisgabe der besetzten Gebiete spielt und die den Grundlag der einheitlichen Reichsgewalt für Bayern suspendiert. Wir warnen die Regierung davor, sich von Geschäftspolitikern oder Plantagen zu einem Treubruch an der Bevölkerung im besetzten Gebiet verleiten zu lassen.

Die kapitalistischen Geschäftspolitikern im Westen

wollen sich von den sozialen Verpflichtungen und finanziellen Lasten der Reichszugehörigkeit befreien. Die Phantasten erbliden ihr Heil in der Aufkündigung des Vertrages von Versailles. Wird dieser Vertrag in aller Form aufgehoben, so ist es eine Frage der Macht, was an seine Stelle tritt.

Die Schwäche des Reiches kommt in der inneren Politik in erschütternder Weise zum Ausdruck. Ich wenigstens empfinde brennend die Schande einer Reichsregierung, die bei all den verderblichen, widerwärtigen, lächerlichen Ereignissen der bayerischen Tollhauskomödie die Rolle des hilflosen Zuschauers spielt hat. Der Herr Reichskanzler hat lieber die Sozialdemokratie aus der Regierung ausgeschlossen und die große Koalition in Scherben gehen lassen, als daß er den sozialdemokratischen Wahnungen Gehör geschenkt hätte. Dabei hat sich inwäsend herausgestellt, daß die Rahr, Hitler, Ludendorff und

Soffom gemeinsam den Hochverrat gegen das Reich vorbereitet hatten. Durch den tolen Hebereier eines dieser vier Spitzhelfer, der die anderen mit dem vorgehaltenen Revolver zu einem schnelleren Tempo der Aktion veranlassen wollte, ist der Plan vorläufig zum Scheitern gebracht worden. Das deutsche Volk hat in München einen Borgschmied dessen erhalten, was seiner wartet, wenn die von Böllischen und Deutschnationalen erstrebte „nationale Diktatur“ kommt.

Herr v. Raht

hat in seinem Wahlbereich das Koalitionsrecht mit einem Federstrich vernichtet. Selbst der Gaunarschieber des Deutschnationalen Handlungsgehilfenverbandes hat in einem öffentlichen Aufruf gegen dieses Attentat protestiert; und die Hilfe des Reiches angerufen. Ich frage den Herrn Reichskanzler: Sind die bayerischen Arbeiter, sind die republikanisch und rechtsrechten gesinnten Bayern noch Angehörige des Reiches? Wie gedenken Sie ihren Anspruch auf Schutz durch das Reich zu befriedigen? Welche Genugtuung erhält die vom Boden bis zum Keller ausgepöbelte und zerstörte „Münchener Post“, die tags darauf für unbestimmte Zeit verboten wurde und mit ihr die ganze übrige sozialdemokratische Presse in Bayern? Wie republikanisch und rechtsrechten gesinnten Bayern sind in ihrer Existenz und ihrem Leben so vogelfrei wie Ebert, Scheidemann und bürgerliche Republikaner nach der berühmten Proklamation der Münchener Bülschregierung.

Was ist in Sachen oder Thüringen vorgekommen, das nur einigermassen an diese Dinge heranreicht?

Und hier ist man mit der äußersten Schärfe vorgegangen. In Bayern aber wurde nicht nur das Koalitionsrecht, sondern sogar die Verbindlichkeit des Beamtenweides und des Soldatenweides abgeschafft. Dadurch ist die tiefste Demoralisierung in die deutsche Reichswehr eingerissen und die Urheber dieses systematischen Einbruchs im großen reden von der deutschen Treue. Wir Sozialdemokraten haben eine andere Auffassung von deutscher Treue (lebhaft Zustimmung links, große Unruhe rechts); wir haben auch eine andere Vorstellung von deutschem Mannesmut als die Raht, Soffom, Seiger, die zusammengedrückt waren vor der drohenden Pistole des Maulwurfschäfers Hitler. Von Frau Bauer, der ohne Erfolg die Pistole auf die Brust gefehrt wurde, damit sie den Kufenhaltort ihres Mannes verrate, hätten diese Verfassungsbrecher Mannesmut lernen können. Die Leute der Vaterländischen Kampfbünde haben ärger gehaust als die unerantwortlichsten Leute während der Räterepublik. Das verlogene System des Generalkommissars v. Raht wütet rücksichtslos und verfassungswidrig gegen die Sozialdemokratie. Keine öffentliche Verurteilung ist unserer Partei in Bayern möglich; alle sozialdemokratischen Zeitungen sind verboten worden. Herr v. Raht, der sich als Statthalter der Monarchie bezeichnet, möchte am liebsten Bayern auf den Zustand von 1818 zurückführen. Damals gab es weder eine Deutsche Republik, noch ein Deutsches Reich, noch einen bayerischen Landtag. Herr Raht geht Landrecht vor Reichsrecht.

Niemals ist die Schwäche der Reichsregierung und ihr mangelhafter guter Wille, dem Reich zu geben, was des Reiches ist, uns so klar vor Augen geführt worden als in der klaglichen und schwächlichen Politik des Reichskanzlers gegenüber den täglichen, ja ständigen Verfassungsbrüchen des Herrn v. Raht. Die Schwäche gegenüber Bayern ist aber gemollt. (Sehr wahr!)

Der militärische Belagerungszustand, der gegen Bayern verhängt wurde, wird überall dort kräftig durchgeführt, wo es nicht notwendig ist. Die militärischen Befehlshaber wecheln sich ab in Verböten sozialdemokratischer Zeitungen; bei Streiks werden Gewerkschaftsführer vom Verhandlungstisch weg ins Gefängnis geführt. Bald geht in Berlin alles nach dem Wunsch des Herrn v. Raht. Wir haben die Aufhebung des militärischen Belagerungszustandes verlangt und sind aus der Regierung ausgetreten, als unser Verlangen zurückgewiesen wurde. Wir haben damit gehandelt, wie wir handeln mußten, und wir können einer Regierung nicht unser Vertrauen gemähren, die diese Entwicklung der Dinge zu verantworten hat. Der Reichskommissar Dr. Heinze, ein ehemaliger sächsischer und Reichsjustizminister, hat in seiner Bierz, die Sozialisten in Sachen zu erledigen, selbst die formaljuristischen Bestimmungen vergessen und mit Militär- und Mangelndem Spiel die sozialistischen Minister aus ihren Kabinetten entfernt, ehe die Verfügungen im Reichsgeheißblatt publiziert waren. Was sich in Sachen und Thüringen während der militärischen Besetzung zugezogen hat, gestaltet sich zu einer wahrhaften Tragödie für die betroffene Bevölkerung.

Die Eingriffe der Reichswehr in Verfassungen und Landesverordnungen.

die Verhaftungen auf gemeinste Denunziationen hin, die haarsträubende Art der Beförderung von Verhafteten zwischen den Pferden der Kavallerie, das Verhör der Verhafteten mit dem Gesicht gegen die Wand, die Tatsache, daß hunderte Verhaftete acht Tage lang ihrem Richter nicht vorgeführt wurden, daß jede Möglichkeit der Verteidigung fehlte, zeigen, daß keine Stunde gewartet werden darf, um dem militärischen Belagerungszustand ein Ende zu machen. Und dieses rücksichtslose Vorgehen geschieht in Thüringen, in dem seit dem Jahre 1918 nicht ein Tropfen Blut geflossen ist. Aufgabe des Reichstages muß es sein, für die Wiederherstellung verfassungsmäßiger Zustände Sorge zu tragen und die Regierung zu zwingen, den Ausnahmezustand unverzüglich aufzuheben und die zivilen Gewalten wieder in ihre Rechte einzusetzen.

Was die Finanzen angeht, so ist die Herstellung des Gleichgewichts im Haushalt für uns die Hauptsache. Diese Ordnung darf nicht auf Kosten der minderbemittelten Bevölkerung erfolgen, während die leistungsfähigen Kreise verdrängt bleiben. Wir verlangen, daß endlich mit der

Heranziehung der Bestehenden

zur Tragung der Steuerlasten ernst gemacht und die Erlassung der Sachwerte endlich verwirklicht werde, wie dies der Reichskanzler ausdrücklich zugesagt hat. Außerordentlich erlaubt waren wir über das anmahende Aufstreben des Bestandes und des Verwaltungsrates der Rentenkasse, die dem Reichskanzler eine Reihe politischer Forderungen vorlegen, wobei sie sich mehr als Vertreter des Bundes und des Reichsverbandes der Industrie, die sie in ihrem Hauptamt ja auch sind, denn als Vertreter der Rentenkasse fühlten. Und tatsächlich hat der Reichskanzler den Zentralausschuß der Rentenkasse als eine oberste Kontrollinstanz über die Regierungen- und Finanzpolitik des Reiches anerkannt. Das Gesetz über räumliche Kontrolle ist ein. Die Regierung redet sich bei der Frage der Unterführungen für Rhein und Ruhr auf die Haltung der Rentenkasse hinaus. Für uns ist die Ruhr- und Rheinfrage nicht eine Unterführungsfrage, sondern eine nationale, im Augenblick die entscheidende nationale Frage. Aber unter dem Vorwand der Unmöglichkeit weiterer finanzieller Unterführungen soll eine Politik getrieben werden, die in ihrer weiteren Wirkung den angeblich nicht mehr zu vermeidenden

Verlust der Rheinlande und den Bruch mit Frankreich

herbeiführen müßte. Wie sehen unsere Pflicht darin, bis zum letzten Augenblick für die Erhaltung von Rhein und Ruhr beim Reich alles einzusetzen. Um die Finanzfrage zu lösen, müßten Sondersteuern für diesen Zweck ausgeschrieben werden. Bei den Verhandlungen der Industriellen mit der Interalliierten Kommission, die gescheitert sind, war das Bedauerliche, daß sie sich in einem halbdunkeln Kollaps, in dem keine wirkliche Kontrolle möglich war. Im Rheinlande selbst genießen die verhandelnden Rheinindustriellen nur wenig Vertrauen. Denn in all den Jahren hat die Bevölkerung nur den ungeheuren Gemäch gesehen zwischen der mangelnden Opferwilligkeit dieser Kreise und der gewaltigen Ausdehnung ihrer Kongerne im In- und Auslande. Diesen Herren ist jedes deutsche Interesse fern, wo ihre Profitinteressen im Spiel kommen. Das haben sie schon bei den Verhandlungen mit General Degoutte bewiesen. Der Reichskanzler hat zwar bestritten, daß die Großindustriellen die Hilfe des Generals

zur Beseitigung des Achtstundentages angerufen haben. Dabei hat ihm das von den Großindustriellen selbst angefertigte Protokoll über die Besprechung mit General Degoutte am 5. Oktober 1923 vorgelegen, wonach Geheimrat Rüdiger vor dem französischen General ausgeführt hat:

„Die Industrie sei der Überzeugung, daß es ein schwerer Fehler gewesen sei, den sozialistischen Einflüssen nachzugeben und nach einem verlorenen Kriege auch noch eine verklärte Arbeitszeit einzuführen. Der rheinisch-westfälische Bergbau habe sich entschlossen, die Vorkriegs-arbeitszeit wieder einzuführen, d. h. 8 1/2 Stunden einchl. Ein- und Ausfahrt für Untertagsarbeiter und 10 Stunden für Übertagsarbeiter. Die Industrie sei aber nicht in der Lage, ihre Absichten durchzuführen ohne die Unterstützung der Okkupationsmächte, und das sei einer der Gründe des Scheiterns.“

(Hört! Hört!) Auf diese unglaubliche Aufforderung an einen feindlichen General konnte dieser erklären: „Die Okkupationsmächte hätten am 11. Januar proklamiert, daß sie die deutschen Gesetze achten würden; der Achtstundentag sei deutsches Gesetz. Seine Einführung sei außerdem auf den Friedensvertrag zurückzuführen, und er sei nicht in der Lage, in die Verhandlungen zwischen Arbeitgeber und -nehmer einzuschreiten.“ Nach diesen vernichtenden Absätzen machte Rüdiger einen Rückzieher: „Er sowohl wie auch Herr Stinnes haben im Laufe der Unterhaltung,“ so fährt das Protokoll fort, „wiederholt scharf betont, daß die Industrie auch ihrerseits eine Einmischung der Okkupationsmächte in die Frage der Arbeitszeit nicht wünsche.“ Das ganze Verhalten der Rheinindustriellen sei demnach beweis, daß sie auch gegen die Arbeiter und gegen die deutschen Gesetze die Verlängerung der Arbeitszeit durchsetzen wollen.

Solange die Rhein- und Ruhrlande staatsrechtlich zum Reich gehören, hat keine deutsche Regierung das Recht, diesen Landesteilen Zuschüsse zu sperren, die anderen deutschen Landesteilen gewährt werden. Dem Rumpfkabinet Stresemann war es vorbehalten, durch die Absicht, die Erwerbslosen im Rheinlande ihrem Schicksal zu überlassen, eine ungeheure moralische Vermüllung anzurichten. Jeder spricht dort mit tiefer Beschämung und größtem Schmerz über diese unglaublichen Absichten der Reichsregierung. Die Sperrung der Erwerbslosenunterstützung bedeutet nichts anderes, als Millionen Arbeiter auf Gnade und Ungnade der Hungerpest des Kapitalismus auszuliefern. Jeder politische Denker muß anerkennen, daß seit dem Austritt der Sozialdemokratie eine Schwänkung in der deutschen Außenpolitik vorliegt. Durch die Ernennung des Herrn Dr. Vares zum Reichsinnenminister hat der Reichskanzler einen Mann von programmatischer Bedeutung in sein Kabinet aufgenommen. Damit hat Herr Stresemann einen Frontwechsel vorgenommen. Die deutsche Sozialdemokratie lehnt jenseitlich und nachdrücklich jede Verantwortung für diese Politik und ihre Folgen ab. Wir sind zu jedem Opfer für die befehligen Gebiete bereit. Es wäre ein gewaltiger politischer und kultureller Rückschritt, wenn die französischen Zertrümmerungspläne gelingen würden. Wir halten eine Lösung des rheinischen Problems nur im Rahmen der gesamten Reparations- und Sicherungsfragen für möglich.

Wir wollen nichts von Preisgabe, auch nichts von vorübergehender Hören.

Deutschland ist nicht am Parlamentarismus zugrunde gegangen, sondern am Gepek: dem persönlichen Regiment. Uns Sozialdemokraten trägt eine einheitliche Waffe, leidet eine große Idee. Wir kämpfen für Leben und Freiheit unzertrenntes Volkes. Um unsere Fahne muß sich die Mehrheit des Volkes scharen. Sie steht hoch aufgerichtet und es schilt nicht an Häuten, sie vorwärts zu traun durch Gefahr und Not zur Einheit und Freiheit (Leb! Weill! links.)

(Schluß des Berichts in der Beilage.)

Kemmel u. Co.

Ueber den Zwischenfall, der zur Vertagung des Reichstages führte, befragt, machte uns Genosse Böbe folgende Mitteilungen:

„Ein Teil der kommunistischen Fraktion hat in den letzten Monaten in steigendem Maße den Versuch gemacht, die ordentlichen Beratungen des Reichstages durch brüllende Zwischenrufe und Schimpfworte zu verhindern. Schon der Reichskanzler Cuno konnte seine letzte Rede unter diesen Unterbrechungen im rauesten Ton kaum beenden; dasselbe Spiel begann bei der ersten Rede des neuen Kanzlers, so daß Dr. Stresemann seine Rede unterbrach und den Präsidenten um Schutz gegen die Beschimpfungen ersuchte. Der Ordnungsruf bot einen solchen Schutz nicht mehr. Er wurde von dem Betroffenen mit Gelächter beantwortet und hätte in einer Sitzung dreifach wiederholt werden müssen. Deshalb sind die Kommunisten von dem Präsidenten mindestens viermal vor dem Beginn neuer Tagungen unter vier Augen gebeten worden, dieses Treiben einzustellen, weil sonst der Fortgang der Reichstagsverhandlungen ohne scharfe Einriffe und Ausweisungen der Ruhestörer nicht mehr gesichert werden konnte. Ungeachtet dieser Bitten, die auch am Tage vor dieser Sitzung dem Führer der Fraktion zweimal unterbreitet wurden, begann der Vorn vor Beginn der Kanzlerrede aufs neue. Anlaß dazu gab die Tatsache, daß der Präsident seit einigen Monaten zum Schutze des Reichstages vor Ueberrumpelungen und der Regierungsmitglieder vor Gewalttaten einige Polizeibeamte herbeigerufen hat. Die vielfachen Drohungen, die in Zuschriften und auch öffentlich erhoben worden sind, konnten nicht unbeachtet gelassen werden, nachdem im Rathenau-Prozess bereits durch Zeugenaussagen festgestellt worden ist, daß der erste Attentatsplan gegen den ermordeten Minister im Reichstagsgebäude ausgeführt werden sollte, und nachdem im Laufe dieses Jahres bereits einmal bewaffnete Angehörige rechtsradikaler Organisationen im Hause festgesetzt worden waren. Von diesem Sachverhalt hatte der Präsident wenige Minuten vorher dem kommunistischen Abgeordneten Höllein Mitteilung gemacht. Trotzdem beschlossen die Kommunisten, daraus wieder ein Spezialiststück zu machen. Weil sie das Wort zur Geschäftsordnung aus diesem Anlaß erst nach der Kanzlerrede erhalten sollten, führten sie ein wütendes Gebrüll auf. Der Abgeordnete Kemmel überführte den Ordnungsruf des Präsidenten und alle seine sonstigen Mitteilungen, und setzte sein Geschrei auch fort, als der Präsident dem Reichskanzler das Wort erteilt hatte, so daß dieser seine Rede gar nicht beginnen konnte. Darauf wurde Kemmel wegen größter Verletzung der Ordnung aus dem Saale gewiesen, leistete aber dieser Aufforderung weder in dieser Sitzung noch in der zweiten, eine Stunde später beginnenden Folge. Er hat damit den Ausschluß für 20 Sitzungstage, der im § 91 der Geschäftsordnung vorgesehen ist, sich zugezogen. Der Präsident wollte jedoch der Öffentlichkeit das Schauspiel der gewalttätigen Entfernung eines Abgeordneten ersparen und vertogte deshalb die Sitzung auf Donnerstag 1 Uhr. Bis dahin wird der verflügte Ausschluß vollzogen werden, und ferner wird dem Abgeordneten Kemmel auf Grund des Hausrechts und der Polizeigewalt, die dem Präsidenten im Reichstagsgebäude zusteht, das Betreten des Hauses bis zum Ablauf der Ausschlussfrist verboten werden. Sollte er dieses Verbot gewalttätig übertreten, so wird er sich die Folgen selbst zuzuschreiben haben.“

Soweit Genosse Böbe. — Wie wir bei dieser Gelegenheit in Erfahrung bringen, war der Polizeibeamte, an dem die Kommunisten wegen seiner Anwesenheit im Reichstagsgebäude Anstoß nahmen, von der hiesigen Polizei der russischen Räterepublik zur

sechsjährigen Feier der Errichtung des Sowjetstaates zum Festessen eingeladen, und hat an demselben Tische mit Herrn Roenen und Herrn Höllein an dem von den Russen gespendeten Festmahl teilgenommen, ohne daß die anwesenden Kommunisten sich damals von dieser Nachbarschaft im geringsten hätten stören lassen.

Gegen 7 Uhr abends wurde dem Abg. Kemmel die schriftliche Aufforderung des Reichstagspräsidenten überreicht, das Reichstagsgebäude zu verlassen. Er kam dieser Aufforderung nach, so daß Gewaltanwendung nicht zu erfolgen brauchte.

Sozialdemokratie und Beamtenabbau.

Die sozialdemokratische Reichstagsfraktion trat am Dienstag nach dem erzwungenen Schluß der Reichstagsberatungen zu einer Sitzung zusammen. Da der Reichskanzler am Dienstag das Wort zu einer Regierungserklärung nicht nehmen konnte, mußte die endgültige Formulierung des von der Sozialdemokratie beabsichtigten Mißtrauensvotums verschoben werden. Die Fraktion beschäftigte sich deshalb hauptsächlich mit dem Vorgehen des Reichstagspräsidenten gegen das unparlamentarische Verhalten des kommunistischen Abgeordneten Kemmel. Sie billigte einmütig die Maßnahmen des Reichstagspräsidenten.

Die Fraktion hat weiterhin beschlossene, folgenden Antrag zu stellen:

1. Die „Verordnung zur Herabminderung der Personalausgaben des Reiches (Personalabbauverordnung) vom 27. Oktober 1923“ ist sofort aufzuheben.

2. Die Reichsregierung zu ersuchen, dem Reichstag unverzüglich den Entwurf eines Gesetzes betreffend Herabminderung der Ausgaben des Reiches vorzulegen.

Die Fraktion ist der Ansicht, daß Ersparnisse in den Ausgaben des Reiches notwendig sind, jedoch nicht nur auf personellem, sondern auch auf sachlichem Gebiet. Sie erwartet weiter eine wirtschaftlichere Gestaltung des Reichsapparates von einer durchgreifenden Reorganisation der Behörden. Der Personalabbau kann nur als ein Teil eines allgemeinen Sanierungsplanes unserer Finanzen durchgeführt werden, über den ebenfalls bisher nichts bekannt geworden ist. In der jetzigen Fassung der Personalabbauverordnung erblickt die Fraktion lediglich ein Mittel für das Kabinet Stresemann, das alle Verbesserungsanträge der sozialdemokratischen Minister abgelehnt hat, oder eine spätere Rechtsregierung, die Verwaltung von allen republikanischen Elementen, ganz besonders von solchen unter den Angestellten und Arbeitern, ohne Rücksicht auf Tüchtigkeit und soziale Verhältnisse des einzelnen zu „säubern“. Die Durchführung der Verordnung in der beabsichtigten schematischen Weise dürfte lediglich eine planlose Vermehrung des Heeres der Erwerbslosen um 100000 herbeiführen, anstatt daß die Regierung Anstalten trifft, das Heer der Elenden durch Wiedereingliederung der Industrie zu vermindern.

Uebrigens stellen die Beamten, Angestellten und Arbeiter des Reiches für die Durchführung der Abbauverordnung eine Anzahl durchaus berechtigter und beschneider Forderungen, die bei dem Kabinet Stresemann keine Berücksichtigung gefunden haben. Die Fraktion ist der Überzeugung, daß die Frage der Herabminderung der Ausgaben des Reiches durch einen sofort einzubringenden und rasch zu verabschiedenden Gesetzentwurf in zweckmäßiger Weise zu lösen ist. Deshalb hat sie den Antrag auf Aufhebung der Verordnung gestellt.

Gegen unnütze Maßnahmen und Härten.

Ein Unterausschuß des ständigen Landtagsausschusses beschäftigt sich seit drei Tagen mit dem Beamtenabbau in Preußen, der auf Grund der Reichsverordnung zu erfolgen hat. Die Haltung der Sozialdemokratie in dieser Frage ist gegeben. Neuordnung der Verwaltung, Beseitigung des Verlaufs der Behörden, Beseitigung der durch die Geldentwertung oft ins Größte steigenden minderwertigen Betätigung der Beamten, ja Mißbrauch der Beamenschaft als Sturmbock gegen den Achtstundentag, Schaffung einer neuen Kategorie von Erwerbslosen in einer Zeit, in der der Staat für die amtliche Erwerbslosenfürsorge kein Geld mehr zu haben behauptet, Mißbrauch der Abbauverordnung für reaktionäre Zwecke, nein! Der Abbau erfüllt nur dann seinen Zweck, wenn er Hand in Hand mit der Stabilisierung der Währung und mit der Ausbalancierung des Staatshaushalts geht. Solange die Reichsregierung in diesen beiden Fragen vermag, nützt auch der Beamtenabbau nichts.

Wie sich die Bürgerlichen den Beamtenabbau vorstellen, zeigte sich im Unterausschuß deutlich. Ein sozialdemokratischer Antrag, die Dienstaltersgrenze auf 60 Jahre herabzusetzen, wurde von den Vertretern der bürgerlichen Fraktionen leidenschaftlich bekämpft. Verständlich, wenn man bedenkt, daß die ältesten Jahrgänge des Beamtenums in der wilhelminischen Ära ausgewachsen sind, während die republikanisch-demokratischen Überzeugungen ihre beste Stütze unter der jüngeren Beamenschaft finden. Da außerdem die jüngeren Kräfte geeignet sind, der Verwaltung neues Leben zuzuführen, auch ein Staat, der nicht für jungen Nachwuchs sorgt, absterben muß, wird sich die Sozialdemokratie den Schutz der jungen Beamten gegen unbedingte Angriffe vor allem angelegen sein lassen.

Nichts ist so bezeichnend, als daß noch ein weiterer sozialdemokratischer Vorschlag, die Hochschulprofessoren wie andere Beamtenkategorien auch zu pensionieren, von den Bürgerlichen abgelehnt wurde. Zum Schutze der Schule, die ja einen mechanischen Abbau von 25 Proz. der Lehrer ohne schwerste Schädigungen unserer Schulkinder einfach nicht ertragen kann, haben die Vertreter aller Parteien im Unterausschuß außerordentlich dafür geredet. Als es aber galt, einen Antrag anzunehmen, der die Verminderung der Lehrer auf die unbedingt notwendige Zahl zurücksetzte, lehnten sie ihn ab. Und es gelang unserem Genossen König nur, die Abbauverordnung für das gesamte Unterrichtswesen in ein besonderes Kapitel hinüberzunehmen, das in den nächsten Tagen besprochen werden soll. Die sozialdemokratischen Vertreter werden alles daran setzen müssen, um bei dieser Besprechung besonders die Volksschule zu schonen. Am gefährlichsten wird ihnen die Deutsche Volkspartei bei diesem Bestreben sein, die sich auch als einzige gegen die getrennte Behandlung des Lehrers abbaues gewendet hat. Die bürgerlichen Parteien tragen kein Bedenken, in einer Zeit, in der in Deutschland die Schote gar rauchen, in der das Heer der Arbeitslosen unerbittlich gewachsen ist, in der die Erwerbslosenunterstützung vor ihrem Zusammenbruch steht, bei den Beamten ein neues Heer von Erwerbslosen zu schaffen, die man, wenigstens soweit sie pensionsberechtigt sind, mit einer neuen Erwerbslosenfürsorge (Wartgeld und Pension) tröstet, während man den jungen Nachwuchs, vor allem aber die Angestellten, erdarmungslos zu einem großen Teil auf die Straßen werfen muß. Die Vorlage enthält nicht einmal Schutzbestimmungen für Kriegsteilnehmer und Kriegsbeschädigte, ja, sie opfert sogar in ihrem § 56 die verdrängten Volksschullehrer aus den abgetretenen Gebieten, soweit sie bis heute

nicht untergebracht sind. Der Dank des Vaterlandes, wie ihn die „Patrioten“ aussprechen.

Den schwersten Eingriff in die „wohlerworbenen Rechte“ der Beamten hat die Abbauperordnung des Reiches dadurch gemacht, daß sie verheiratete weibliche Beamte, auch wenn sie lange Dienstjahre als Beamtin hinter sich haben, kündbar macht und ohne Ruhegehalt oder Pension entläßt. Auch wir müssen in dieser Zeit der Not gegen die Doppeleristungen vorgehen. Hier sind Schutzvorschriften nötig, damit nicht jene Frauenfeindschaft, die immer Hand in Hand mit der Reaktion geht, auch solche Frauenexistenzen vernichtet, auf deren Arbeit die Ernährung einer ganzen Familie ruht. Es wäre dringend zu wünschen, daß die Beratung dieser Abbauperordnung nicht im Dämmerlicht des ständigen Ausschusses, sondern vor dem Plenum geschieht, und daß hier ernstlich darauf verwiesen wird, daß die Reichsabbauordnung unter der Voraussetzung einer Währungsreform und der Balancierung des Etats, also einer raschen Gesundung, erlassen würde. Die Lage ändert sich doch ganz wesentlich, wenn die Reichsregierung diese beiden Programmpunkte nicht erfüllen kann.

Herr Stresemann „spart“.

Die Unkosten der Reichswehraktion.

Genosse Wels konnte in der gestrigen Reichstagsitzung darauf aufmerksam machen, daß Staatskommissar Kahr Reichsgelder zur Bezahlung der irregulären Banden an der bayerisch-thüringischen Grenze verwandt hat. In Sachsen und Thüringen verhält sich die Sache etwas anders. Hier verschlingt nicht nur der Aufmarsch der Reichswehr ansehnliche Gelder, sondern das Eingreifen der Reichswehr wird auch zu Schadenersatzansprüchen führen, die das Budget erheblich belasten dürften. Es stellt sich nämlich heraus, daß vielen Verhafteten, obwohl sie ihrer Festnahme keinen Widerstand entgegenlegten, die Kleider zerrissen wurden. Mehr als 100 Personen sind festgenommen worden, ohne daß Haftbefehl gegen sie vorlag. Heute noch befinden sich eine ganze Reihe von Sozialdemokraten ohne Grund in Haft. Sie sind dadurch ihren Familien als Ernährer genommen. Natürlich werden diese finanziell und körperlich geschädigten Schadenersatzansprüche geltend machen. Wie verträgt sich das alles mit dem Sparprogramm des Herrn Stresemann? Ist es wirklich nötig, in einer Zeit, in der man dem Ruhrgebiet den Kredit sperrt und den Beamtenapparat abbaut, den Staat mit derartig unnützen Ausgaben zu belasten? Oder wäre es nicht vernünftiger, den Ausnahmestand, der keinen Nutzen bringt, umzummen und die Währungsreform, die die Währungsreform gibt, abzubauen?

Zwischenfall mit einem Offizier der Kontrollkommission.

In einer amtlichen Meldung wird zugegeben, daß ein belgischer Leutnant von der Kontrollkommission und sein französischer Begleiter von Reichswehrtruppen bei Dresden und später bei Leipzig angehalten und durchsucht wurden. Man habe bei ihnen genaue Aufzeichnungen der Stellungen der Reichswehr in Dresden gefunden. Der Bericht läßt es dahingestellt sein, ob es zu Ausschreitungen kam.

Die Reichswehr in Thüringen.

Eine Erklärung der thüringischen Regierung.

Weimar, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Zu Beginn der Sitzung des am Dienstag wieder zusammengetretenen thüringischen Landtags gab Staatsminister Hermann für die im Amt befindlichen Mitglieder der thüringischen Staatsregierung eine Erklärung ab, die sich in ihrem ersten Teile mit dem Manifest der aus der Regierung ausgeschiedenen Kommunisten befaßt und seinen wesentlichsten Behauptungen entgegensteht. Bemerkenswert sind u. a. folgende Feststellungen:

Unrichtig ist es, daß sich Leiter der thüringischen Landespolizei auf Befehl des Innenministers dem Reichswehrgeneral zur Verfügung gestellt habe. Wahr ist, daß diese Unterstellung von Generalleutnant Reinhardt verfügt wurde, ohne daß zuvor dem einen oder anderen Minister Gelegenheit gegeben worden wäre, zu dieser Maßnahme Stellung zu nehmen.

Unwahr ist schließlich, daß am Tage nach dem Einmarsch der Reichswehr in Thüringen der leitende Staatsminister Frölich in Berlin mit dem Reichswehrminister und dem Reichslangst darüber verhandelt hat, wie man die Kommunisten am besten aus der Regierung hinauswerfe. Wahr ist, daß Staatsminister Frölich bei seiner Rückkehr mit Berlin ausdrücklich darauf hingewiesen hat, daß die Bildung wie auch jede Veränderung der Landesregierung Sache des thüringischen Landtages sei, und daß unmöglich so wie in Sachsen vorgegangen werden könne.

Der zweite Teil der Erklärung betrifft den militärischen Befehlungsstatus und den Einmarsch der Reichswehr in Thüringen. Die Erklärung führt hierzu wörtlich folgendes an:

Nach den Mitteilungen der Reichsregierung waren der Reichswehr zwei Aufgaben gestellt: die Wiederherstellung ordnungsmäßiger Zustände in und um Thüringen. Das zur Beurteilung der in Thüringen bestehenden Schwierigkeiten vorhandene Material sollte der Landesregierung alsbald übersandt werden. Bis heute ist diese Zusage des Reichswehrministers unerfüllt geblieben. Am 23. Oktober hat Generalleutnant Reinhardt berichtet über Beschwerden, welche das Befehlen proletarischer Hundstapfen betreffen sowie über die nicht ordnungsgemäße Erledigung der von ihm verfügbaren Befehlsbefugnisse von Palatin, die zum Generalkrieg und zum Bürgerkrieg aufforderten. Die daraufhin vom Ministerium eingeleitete Untersuchung hat in der überwiegenden Mehrzahl der aufgeführten Fälle ergeben, daß kein Generalleutnant Reinhardt zweifelslos falsche Berichte übersandt wurden. Die Reichswehr ist in der Zwischenzeit im Lande Thüringen einmarschiert. Wir verweisen noch auf das persönliche Hand Schreiben des Herrn Bevollmächtigten beim Reichsrat Minister Dr. W. Anzeler an den leitenden Staatsminister Frölich, in dem es u. a. heißt: Die Truppen würden strengen Befehl erhalten, sich völlig zurückzuziehen und nur im Fall der äußersten Not, wenn die Polizeikräfte zur Abwehr innerer Unruhen vorliegen, einzugreifen.

Entgegen dieser Mitteilung geht die Reichswehr in vielen Fällen selbständig vor. Die Form, in der dieses Vorgehen geschieht, steht nach unserer Untersuchung in vielen Fällen mit den Gepflogenheiten eines Rechtsstaates im Widerspruch. Die Auswirkungen derartigen Vorgehens sind in manchen Fällen auch so, daß die Handlungen gegen deutsche Staatsbürger aufs tiefste beklagt werden müssen. Ueber die Entwicklung des militärischen Ausnahmezustandes für Thüringen wird den Mitgliedern des Landtags in den nächsten Tagen eine Denkschrift zugehen, die das wesentliche athenmäßige Material wiedergibt. — Die Landesregierung spricht schließlich den Wunsch aus, daß es gelingen möge, alsbald eine parlamentarisch arbeitssfähige Regierung zu bestellen, die gewillt ist, das begonnene Werk in feierlicher Weise zur Vollendung zu bringen.

Neue Verhandlungen.

Am Donnerstag sollen die Verhandlungen zwischen der Sechserkommission des Bergbaulichen Vereins und der Ricum in Düsseldorf wieder aufgenommen werden. Es ist kaum anzunehmen, daß die bestehenden Schwierigkeiten ohne weiteres überbrückt werden, da von französischer Seite die bisherigen Forderungen nicht fallen gelassen wurden, im übrigen aber neue Ansprüche gestellt werden. Vor der Befestigung des Ruhrgebietes wurde nach den Bestimmungen des Versailler Vertrages die Reparationskohle bekanntlich durch Deutschland gratis bis zur französischen bzw. belgischen Grenze geliefert. Da die Befestigungsmächte die Zufuhrwagen in den besetzten Gebieten in eigene Verwaltung genommen haben, verlangen sie jetzt von Deutschland die Bezahlung der Fracht in Franken. Sie verlangen also in der Praxis noch eine nachträgliche Bezahlung eines widerrechtlichen Schrittes, gegen den sich die deutsche Regierung bei jeder Gelegenheit gewehrt hat.

Der Staat gegen die Ruhrindustriellen.

Bochum, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Am Montag fand in Hamm die bereits angekündigte Besprechung zwischen den Vertretern der Demobilisierungsbefugnisse, dem Oberbergamt und Vertretern des Ruhrbergbaues statt. Gegenstand der Besprechungen waren die erfolgten Kündigungen und die verlusteten Betriebsstilllegungen im Bergbau. Die Unternehmer hatten an die Demobilisierungsbefugnisse den Antrag gerichtet, ähnlich wie in der Metallindustrie, so auch im Bergbau die Bestimmungen der Demobilisierungsvorschriften vom 8. November 1923 außer Kraft zu setzen. Die Demobilisierungsbefugnisse hat jedoch dem Antrag nicht stattgegeben, sondern seine Erledigung an die Sitzung in Hamm verwiesen. In der Besprechung waren u. a. nach beteiligt: der preussische Handelsminister, Vertreter des Oberbergamtes, der Reichskommissar sowie Vertreter der Bergarbeiterverbände, während die Vertreter der Unternehmerorganisationen nicht erschienen waren.

Die Vertreter der Arbeiterschaft stellten den Antrag, dem Ersuchen der Zechenindustriellen nicht stattzugeben. Die Vertreter der Behörden schloßen sich der Ansicht der Arbeiter an, so daß eine Dispensierung von den Bestimmungen der Demobilisierungsvorschriften nicht erfolgt und Betriebsstilllegungen vorschriftsmäßig beantragt werden müssen. Das Oberbergamt wird deshalb seine unterstellten Bergrevierbeamten anweisen, daß sie etwaige Anträge auf Betriebsstilllegungen entgegenzunehmen und zu prüfen haben. Zu den Prüfungen sind die Betriebsräte sowie Sachverständige der Handelskammern und Gewerkschaftsvertreter hinzuzuziehen. Die endgültige Entscheidung fällt die oberste Demobilisierungsbefugnisse.

Die für die vergangene Woche ergangenen Schiedssprüche im westfälischen Bergbau wurden am Dienstag von den vier Bergarbeiterverbänden als unzureichend abgelehnt. Der Zechenverband hat den Bergarbeiterverbänden mitgeteilt, daß er noch wie vor eine Arbeitszeitverlängerung verlange und die Massenentlassungen aufrechterhalte. Weiter lehnt er jede neutrale Lohnverhandlung in Berlin für die Zukunft ab.

Die Kartellverordnung in Kraft.

Amlich wird gemeldet: Am 20. November 1923 ist die Verordnung gegen Mißbrauch wirtschaftlicher Machtstellungen vom 2. November 1923 in Kraft getreten. Seitdem mit gesetzlichen Maßnahmen gegen die Auswüchse des Kartellwesens gerechnet werden konnte, hat bereits eine Reihe von Verbänden ihre Zahlungsbedingungen den Bedürfnissen der Verbraucher anzupassen gesucht. Bei einigen Verbänden bedurfte es jedoch behördlicher Anregung, um sie zu einer Erleichterung ihrer Bedingungen zu veranlassen. Diesem Eingreifen der Behörden wurde im Hinblick auf die nunmehr zur Verfügung stehenden gesetzlichen Mittel schneller und sachlich weitergehend als bisher entsprochen. Die Fälle, in denen bisher nur ungenügende Erleichterungen vorgenommen und unbillige Bedingungen aufrecht erhalten worden sind, werden in Kürze das Kartellgericht beschäftigen. Das Kartellgericht ist inzwischen beim Reichswirtschaftsgericht eingesetzt. Den Vorsitz führt der Geheimere Oberregierungsrat Dr. Georg Lukas, Präsident des Reichswirtschaftsgerichts, dessen Stellvertreter der Geheimere Justizrat Dr. Schöwing und der Landgerichtsdirektor a. D. Hermann Riege sind.

Der Landtag bleibt zu Hause ...

Dekretiert Kahr.

München, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Der Verfassungsausschuss des bayerischen Landtags hatte dieser Tage die Frage der Einberufung des Landtags beraten, um einer demokratischen und sozialdemokratischen Forderung nachzukommen. Am Dienstag ließ nun die Regierung erklären, daß sie bei der augenblicklichen Lage außerstande sei, vor der breiten Öffentlichkeit eine politische Erklärung abzugeben; dagegen sei sie dazu bereit in einer geheimen Sitzung des Ständigen Ausschusses. Die Demokraten wollen sich nun die Sache nochmals überlegen, die Demokraten wollen sich, daß sie umfallen und nicht mehr auf einer Einberufung des Landtages bestehen, im Gegensatz zu den Sozialdemokraten, die nach wie vor den möglichst schnellen Zusammentritt des Landtags fordern.

Los von Weimar!

Antrag der Bayern im Reichstag.

Die bayerische Volkspartei hat im Reichstag einen Antrag eingebracht, der von der Reichsregierung die Vorlage eines Gesetzentwurfes zur Revision der Weimarer Reichsverfassung verlangt. Für diese Verfassungsrevision sollen folgende Richtlinien gelten:

1. Revision des Kataloges der reichsgesetzlichen Zuständigkeiten ((Artikel 6-11 der Reichsverfassung) in föderalistischem Sinne. Grundgesetzlicher Verzicht des Reiches auf bisher vom Reich nicht ausgeschöpfte Zuständigkeiten. Soweit dennoch erforderlich, Ausschöpfen nur unter föderalistischen Garantien.
2. Grundgesetzliche Ausführung der Reichsgesetze durch die Länder, Rückübertragung der Finanz- und Verkehrshoheit an die Länder.
3. Wiederherstellung des Reichsrates als gleichberechtigtes Organ des Reiches in Gesetzgebung, Haushaltsgenehmigung und Mitwirkung beim Abschluß von Staatsverträgen. Erlassung der allgemeinen Verwaltungsvorschriften durch den Reichsrat.
4. Entschiedenere Verknüpfung zum Artikel 18 der Reichsverfassung betreffend die Gliederung der Länder.
5. Recht der Landesregierungen, die zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit nötigen Maßnahmen selbständig in Geltung zu erhalten, und über die im Landesgebiet liegende bewaffnete Macht selbständig zu verfügen.
6. Recht der bayerischen Landesregierung auf Mitwirkung bei Ernennung und Abberufung von Offizieren der Reichswehr.

7. Ablehnung von Angriffen des Reiches an den Staatsbesitz der Länder, sowie an ihr Recht über Bodenschätze und Naturkräfte.

8. Ablehnung jedes politischen Gerichtshofes und Wahrung der politischen und Justizhoheit der Länder auch in Amnestie-Sachen.

9. Die Regelung des Schulwesens soll durch die Länder erfolgen. Dem Reich bleibt die Anordnung der allgemeinen Schulpflicht und ihrer Dauer vorbehalten. Ebenso die Grundgesetzgebung zur Sicherstellung des Religionsunterrichtes in den bekanntnisfreien Schulen, die Sicherung des Elternrechtes auf die Bestimmung der Befähigungsprüfung ihrer Kinder, sowie auf Errichtung von Privatschulen auf staatlicher Unterstützungspflicht.

Föderativsystem!

Aber nur für Bayern, nicht für andere!

Dresden, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) Dem Landtag liegt zurzeit der Entwurf eines Arbeitskammergesetzes und eines Wahlgesezes zum Arbeitskammergesetz vor. Wie von gutunterrichteter Seite mitgeteilt wird, hat der Reichswirtschaftsminister gegen diese Gesetzentwürfe Vorstellungen bei der sächsischen Regierung erhoben, weil die Gesetzentwürfe verfassungswidrig seien, und die Gesetzgebung über Arbeiter- und Wirtschaftsräte nur dem Reich zusteht. Der Reichswirtschaftsminister hat weiterhin angedroht, daß er eventuell über diese Frage die Entscheidung des Reichsgerichts anrufen werde.

Die Botschafterkonferenz abermals vertagt.

Neue Schwierigkeiten?

Paris, 20. November. (EE.) Eine amtliche Mitteilung besagt, dem englischen Botschafter Lord Curzon sind heute Mitteilungen seiner Regierung zugegangen, die ihn in die Notwendigkeit versetzen, von seiner Regierung neue Weisungen zu erbitten. Da diese aber bis zum Nachmittag nicht eingetroffen waren, wurde die Botschafterkonferenz auf morgen vertagt.

Ein scharfer Artikel der „Times“.

London, 20. November. (W.B.) „Times“ schreibt zu dem inzwischen wieder vertagten Beschluß der Botschafterkonferenz u. a., trotz Englands seien die französischen Methoden herrschend geworden und bewirkten eine rasche und gefährliche Wandlung in Europa. Es sei beunruhigend, daß die durch den Friedensvertrag geschaffenen kleineren Staaten an eine aggressive Politik Frankreichs gebunden seien, das laut seine Armut verkünde, aber ihnen gleichzeitig Kredite in Höhe von 800 Millionen Frank gewähre. Es sei sehr besorgniserregend, daß in Deutschland reaktionäre und militärische Einflüsse Boden gännen, und wenn Worte helfen könnten, so sei England geru bereit, sich an einer scharfen Warnung an die deutsche Regierung gegen alle Versuche einer Umgehung der militärischen Klauseln des Versailler Vertrages zu beteiligen. Deutschland breche aber infolge der hartnäckigen und vorläufigen Politik Frankreichs auseinander, das Ruhrgebiet und das Rheinland ständen bereits vor der politischen und wirtschaftlichen Restrukturierung vom Reich. Ihre Bevölkerung werde unter dem Druck der Befehle und der von ihr geschätzten Kommissare dazu geführt, ihre Interessen Fremden zur Vertretung anzuvertrauen, und das vollziehe sich in einem Gebiet, dessen Mittelpunkt das von den britischen Streitkräften besetzte Köln sei. Das britische Prestige, das britische Vertragsrecht und die britischen Vertragspflichten würden davon tief berührt. England dürfe sich nicht demütig seiner Ausstoßung aus Europa unterwerfen.

Anhörung deutscher Vertreter am Freitag.

Paris, 20. November. (W.B.) Ein offizielles Komunique der Reparationskommission bestätigt die gestrige Meldung, daß die in der deutschen Note vom 24. Oktober 1923 angeführten Erklärungen deutscher Vertreter vor der Reparationskommission am Freitag, den 23. November vormittag erfolgen werden.

Von zuständiger Stelle wird der Telegr.-Union mitgeteilt, daß die deutschen Vertreter, die am Freitag von der Reparationskommission gehört werden sollen, heute nach Paris abreisen werden. Die Delegation steht unter der Führung des Staatssekretärs Fischer. Es gehören ihr an der Ministerialdirektor im Reichsfinanzministerium von Brandt, Ministerialdirektor Schaeffer vom Reichswirtschaftsministerium und Geheimrat Simon vom Auswärtigen Amt.

Der Fall Zeigner.

Verdächtigung des sächsischen Justizministers.

Dresden, 20. November. (Eigener Drahtbericht.) In einem „Der Zeigner-Skandal“ überschriebenen Artikel behaupten die „Leipziger Neuesten Nachrichten“, daß der Justizminister Neu die Akten in Sachen Zeigner von dem bisher zuständigen Staatsanwalt eingefordert und ihre Bearbeitung einem anderen Staatsanwalt übertragen habe. Durch diese Anordnung sei ein beschleunigtes Vorgehen gegen Dr. Zeigner unmöglich gemacht worden, und als erste Wirkung dieses Veranlassungswesels sei festzustellen, daß die Verhaftung Zeigners „vorläufig“ unterbliebe. Diese Behauptungen werden von amtlicher Seite als unrichtig bezeichnet. Justizminister Neu hat am vergangenen Sonntag lediglich angeordnet, daß die Angelegenheit Zeigner in Zukunft vom Oberstaatsanwalt in Leipzig persönlich zu bearbeiten ist. Das geschah mit Rücksicht auf die Bedeutung der Sache, nicht aber um die Untersuchung irgendwie zugunsten Zeigners zu beeinflussen. Im übrigen ist die Anordnung des Justizministers Neu nichts Außergewöhnliches. Sie entspricht den bisherigen Gepflogenheiten des Justizministeriums, wichtige und bedeutungsvolle Sachen in die Hand des ersten Beamten der Staatsanwaltschaft zu legen, da dieser als Chef der Behörde ohnehin die Verantwortung für alle Maßnahmen der ihm unterstellten Staatsanwälte trägt und durch seine Erfahrung und seine Persönlichkeit die größte Gewähr für eine sachdienliche und erschöpfende Untersuchung bietet. Justizminister Neu hat sich jeder Einwirkung auf den Gang des Verfahrens enthalten, da er den Wunsch hat, daß die Angelegenheit Zeigner reiflos und ohne Ansehen der Person aufgearbeitet wird. Ob Dr. Zeigner zu verhaften ist oder nicht, darüber entscheidet das pflichtmäßige Ermessen der mit der Untersuchung betrauten Behörde, nicht der Justizminister. In der Öffentlichkeit wird sehr bekannt, daß die Artikel der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ auf den Rechtsanwalt Dr. Meizer, den Vorsitzenden des „Stahlhelmbundes“ in Leipzig, den Todessind Dr. Zeigners, zurückzuführen sind. Von ihm ist auch die Anzeige ausgegangen. Meizer ist bei dem deutschsächsischen Staatsanwalt Fiedler ein- und ausgegangen, trotzdem er selbst vor Jahren wegen angeblicher Beihilfe zum betrügerischen Bankrott vor dem Schwurgericht gefaßt worden hat. Das gegen Zeigner vorliegende Material soll bisher nur zu einer Anklageerhebung wegen Vergehens nach § 331 Str.G.B. ausreichen.

Polunin ausgewiesen. Der Schweizer Bundesrat hat die Ausweisung des Russen Polunin verfügt, des soeben freigesprochenen Mitaliers Conrads. — Nach einer Meldung aus Moskau ruft dort der Freispruch der Woronin-Widerbestige Erregung hervor.

Gewerkschaftsbewegung

Um den Achtstundentag.

Die Reichstagsfraktion der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei hat folgenden Antrag eingebracht:

Der Reichstag wolle beschließen: die Reichsregierung aufzufordern, die Demobilisierungserordnungen über die Regelung der Arbeitszeit gewerblicher Arbeiter vom 23. November 1918 nebst der ergänzenden Anordnung vom 17. Dezember 1918 und die Verordnung über die Regelung der Arbeitszeit der Angestellten vom 18. März 1919 sofort wieder in Kraft zu setzen.

Es wird sich bei der Behandlung dieses Antrages zeigen, ob die Demokraten und das Zentrum mit den Scharfmachern im Unternehmertum durch die Diktatur gehen, um eine Erwerbslosigkeit zu bewirken, die sich die Arbeiterklasse der ganzen Welt erlähmt hat. In Deutschland, wo schon vor dem Kriege im Durchschnitt der Neunstundentag üblich war, hat der Achtstundentag zugleich die historische Bedeutung, daß er sozialer Gleichzeitigkeit mit der Republik geboren wurde, deren Träger die Arbeiterklasse ist.

Einige übereifrige Unternehmer, die der Meinung sind, daß man den Achtstundentag, um den die Arbeiterklasse jahrelang gekämpft hat, befehlen und damit das Rad der Geschichte zurückdrehen kann, haben tatsächlich bereits versucht, den bei ihnen beschäftigten Arbeitnehmern durch Unterschreibung eines Gesetzes den Neunstundentag, ja sogar eine Arbeitszeit von 10 1/2 Stunden aufzuzwingen. Wir erinnern weiter an die Haltung der Bankleitungen bei der Einführung von Goldlöhnen. Wenn man berücksichtigt, daß Millionen Erwerbsloser gegenwärtig vergebens Arbeit suchen, dann muß die Befestigung des Achtstundentages wie eine Herausforderung der gesamten Arbeiterklasse wirken.

Produktive Erwerbslosenfürsorge!

Ämlich wird mitgeteilt:

Die ersiehende, durch die Nahrungsverbältnisse und die Arbeits- und Ruhebedingungen verursachte Arbeitslosigkeit hat die verantwortlichen Reichsstellen veranlaßt, im Rahmen der bestmöglichen Möglichkeiten Vorschläge zu machen. Das Reichsarbeitsministerium hat die Erwerbslosenfürsorge soweit umgestaltet, daß ihre Mittel produktiver als bisher verwendet werden können. Durch die neue Bestimmung, daß von den Erwerbslosen gegen die Unterbringung in Arbeit verlangt werden kann, ist die Möglichkeit eröffnet, die Unterbringung wirtschaftlicher einzusetzen. In verschiedenen Städten hat sich dies bereits bewährt; es ist damit der Beweis erbracht, daß die Arbeitslosigkeit der Arbeitslosen sich durch die Unterbringung in der öffentlichen Wirtschaftslage bessert. Die Arbeitslosigkeit ermöglicht gleichzeitig die Einleitung großer Kostenspararbeiten, wie insbesondere die Landeskulturen, die bisher vielfach an der Unmöglichkeit rationeller Finanzierung gescheitert sind. Um die Finanzierung weiter zu erleichtern, wird der Unternehmergewinn für solche Kostenspararbeiten nach Möglichkeit beschränkt werden. Auch werden vom Reichsarbeitsministerium Anstrengungen gemacht, um im Zusammenwirken mit den obersten Landesbehörden die verschiedenen Kräfte, die sich um die Einleitung von Kostenspararbeiten bemühen, zusammenzufassen und zu gemeinsamer Wirksamkeit zu bringen. Freilich sind die Mittel der produktiven Erwerbslosenfürsorge angesichts der trostlosen Finanzlage des Reiches eng begrenzt. Es darf jedoch gehofft werden, daß bei Zusammenfassung aller Kräfte und aller Finanzierungsmöglichkeiten gerade solche Kostenspararbeiten in Gang kommen werden, die die Erträge des deutschen Volkes vermehren und zur Erhaltung unserer Ernährungslage dienen.

Die Idee, daß man die Gelder, die für die Erwerbslosenfürsorge aufgewendet werden, besser produktiv durch Arbeitsbeschaffung anlegt, kommt dem Reichsarbeitsministerium rechtlich spät. Warum aber die vorliegende veräußerliche Mittelung? Und wie soll man die Veräußerlichung der Arbeitslosigkeit gegenüber den Arbeitnehmern anwenden? Will man etwa einem in Berlin anwesigen verarbeiteten Mechaniker die Erwerbslosenfürsorge entziehen, wenn er sich weigert, Weib und Kinder im Stich zu lassen, um als Landarbeiter nach Süpreußen oder nach Schlesien zu gehen? Und wenn dies nicht beabsichtigt ist, warum spricht man nur von Deblandekulturen? Wo bleibt das großzügige Produktionsprogramm, dessen Durchführung von der sozialdemokratischen Partei wie von den freien Gewerkschaften schon seit Monaten gefordert wird, dessen Durchführung notwendig die Staatsfinanzen nicht im geringsten in Anspruch nehmen würde und entweder durch direkte Steuern, wie der Bau von Wohnungen, oder durch Kredite bestritten werden könnte?

Warum soll man nicht klipp und klar mit welchen Plänen man sich trägt? Oder verzichten diese Pläne das Licht der Öffentlichkeit nicht? In der öffentlichen Diskussion wird davon gesprochen, daß bei den beschlossenen Kostenspararbeiten der Unternehmergewinn „nach Möglichkeit“ beschränkt werden soll. Es wäre angebracht, über diese beschränkten Möglichkeiten nähere Angaben zu machen. Nach dem Kurs, den der Reichsarbeitsminister seit einigen Monaten fixiert, und zwar im Fahrwasser der Scharfmacher im Unternehmertum, muß man darauf gefaßt sein, daß dieser „nach Möglichkeit“ beschränkte Unternehmergewinn Hand in Hand geht mit einer unmöglichen Beschränkung der Löhne, verbunden mit einer Arbeitspflicht, deren Charakter genau umschrieben werden muß. Warum spricht man überhaupt von „Arbeitspflicht“ gegenüber den Millionen, die vergebens Arbeit suchen, hauptsächlich infolge der unproduktiven Politik des Reichsarbeitsministeriums!

Unannehmliche „Gold“-Löhne.

Am Sonnabend und Montag fanden im Reichsfinanzministerium zwischen Gewerkschafts- und Regierungsveteranen Verhandlungen über die Einführung von Goldlöhnen statt. Nach den Vorschlägen der Regierung sollen künftig drei große Lohnbezirke geschaffen werden, von denen der erste ganz Ostdeutschland einschließlich Pommerns und Mecklenburgs umfaßt, der zweite sich auf West-, Süd- und Mitteldeutschland erstreckt und der dritte Westdeutschland und Teile von Südwestdeutschland berücksichtigt. Das Angebot der Regierung sieht für den 24jährigen unqualifizierten Arbeiter der Lohngruppe VII folgende Goldlöhne vor:

Gruppe I: 20 Pf., Gruppe II: 24 Pf., Gruppe III: 27 Pf. Für jede Ortsklasse erfolgt ein Abzug von 1 Pf., so daß der Lohn in der Gruppe I Ortsklasse B: 19, C: 18, D: 17, E: 16 Pf. betragen würde. Der Soziallohn soll für die Frau 2 1/2 Pf. und für jedes Kind ebenfalls 2 1/2 Pf. betragen. Die örtlichen Sonderzuschläge werden mit einzelnen Sonderlohngruppen, die sich aus der Gruppierung der Lohngruppen ergeben, beibehalten. Für die qualifizierten Arbeiter und Handwerker soll der Lohn entsprechend höher bemessen werden. Über die Auswirkungen, die sich aus diesen Lohnfestsetzungen für die Beamten ergeben, konnte noch nicht verhandelt werden, weil die Regierung über die Lohnbestimmung für qualifizierte Arbeiter noch keine Angaben machte. Die Gewerkschaftsveteranen lehnten die vorstehend gemachten Vorschläge der Regierung ab. Sie hielten sie angesichts der augenblicklichen Preisbildung für unannehmbar und forderten schließlich in der Ortsklasse A einen Stundenlohn von 50 Pf.

Für das vierte Novemberviertel wurde die Reichsregierung für Beamtensaläre auf 108 Millionen festgesetzt. Zahlung erfolgt am Freitag, den 23. November mit der Maßgabe, daß 50 Proz. der Zahlungsmittel werbeständig sind. Die Reichsregierung für die Arbeiterlöhne stellt sich für die vierte Novemberwoche auf 540 Millionen. Die Zahlung erfolgt am Donnerstag, den 22. November, und zwar ebenfalls zu 50 Proz. werbeständig.

Lohnvereinbarung im Baugewerbe.

Da nun vorherein mit dem Widerstand der Unternehmer zu rechnen war, waren Vorbereitungen getroffen, daß am Montag ein freies Schiedsgericht zu den Lohnstreitigkeiten im Berliner Baugewerbe Stellung nehmen konnte, das nach langwierigen Verhandlungen nachstehenden Schiedsspruch fällte:

Für das Vertragsgebiet Groß-Berlin und die Vorortgebiete Spandau, Potsdam, Rowames, Großbeeren, Besten, Dransburg, Königsmusterhausen: 1. Für die beiden Lohnwochen vom 21. November 1923 bis 4. Dezember 1923 einschließlich beträgt in Lohnklasse I der Stundenlohn für einen Vollarbeiter über 19 Jahre in Goldpfennigen gerechnet ausschließlich Gehaltszuschlag:

Maurer 70 Pf., Zimmerer 70 Pf., Zementfacharbeiter 70 Pf., Stein- und Kalkträger 70 Pf., Einschaler 70 Pf., Rührer, Kalkschläger, Beton- und Wasserträger 68 Pf., Zementarbeiter, Fahrstuhlarbeiter 68 Pf., Bauhilfsarbeiter im Hoch- und Betonbaugewerbe 63 Pf., Vorarbeiter im Tiefbau 64 Pf., Tiefbauarbeiter 56 Pf., Flagarbeiter

Postabonnenten

Damit die regelmäßige Zustellung des „Vorwärts“ im nächsten Monat keine unliebsame Unterbrechung erleidet, ersuchen wir unsere Postabonnenten, das Abonnement bei dem zuständigen Postamt sofort zu bestellen

Vorwärts-Verlag G. m. b. H.

55 Pf., Maschinen 1. Klasse 78 Pf., Maschinen 2. Klasse 70 Pf., Maschinen 3. Klasse 64 Pf., Schlosser, Schmiebe, Monteur 70 Pf., Hilfsmechaniker, Hilfschlosser, Bestreuer, Bergarbeiter, Ruffenmacher 63 Pf., Einsteiger und Rohleger 60 Pf., Wächter im Tiefbaugewerbe Wochenlohn 28,00, Erziehungswärter Stundenlohn 52 Pf., Postere Wochenlohn 22,71 Millionen Mark. Die Wertgegenstandsbewertung der Zimmerer beträgt pro Stunde 6,3 Milliarden, der Maurer 3,150 Millionen Mark.

Die Lehrlingsentschädigung beträgt:

Gruppe A	Gruppe B
1. Lehrjahrsjahr 42 Milliarden M.	1. Lehrjahrsjahr 63 Milliarden M.
2. " 63 " "	2. " 84 " "
3. " 84 " "	3. " 105 " "
4. " 126 " "	4. " 147 " "
5. " 168 " "	5. " 189 " "
6. " 210 " "	6. " 231 " "

In Lohnklasse II sind die jeweiligen tariflichen Stundenlöhne 5 Pf. geringer als in Lohnklasse I. Der Lohn gilt als Goldrechnungslohn solange werbeständige Zahlungsmittel noch nicht zur Verfügung stehen. Für diese Zeit kann die Auszahlung noch in Papiermark erfolgen. Die Umrechnung geschieht nach dem amtlichen Berliner Dollarkurs vom Mittwoch jeder Woche. Lohnzahlungstag ist Freitag. Am Dienstag soll eine Vorzahlung in Höhe von 80 Proz. des verdienten Lohnes der ersten drei Tage der Lohnwoche, und zwar in runder Summe aufgerundet auf volle einhundert Milliarden geleistet werden. Die Abschlagszahlung ist, soweit sie in Papiermark erfolgt, in Goldmark zum Kurs des vorhergehenden Sonnabends anzurechnen.

Sollten bis zum 28. November 1923 Umstände eintreten, die der einen oder anderen Partei die Durchführung des Abkommens unmöglich machen, so kann sie, wenn das Vorliegen dieser Voraussetzung von zwei der Unparteiischen des heutigen Schiedsgerichts bezeugt wird, eine Neuverhandlung für die Lohnwoche vom 28. November bis 4. Dezember 1923 verlangen.

Die vorstehende, für die Lohnwochen vom 21. November bis 4. Dezember getroffene Regelung findet für die Lohnwoche vom 14. bis 20. November 1923 mit der Maßgabe Anwendung, daß einheitlich als Umrechnungskurs für Vorschläge und Lohnzahlung ein Kurs von 1 Goldmark = 600 Milliarden Papiermark gerechnet wird. Die Parteien haben sich gegenseitig bis Dienstag, den 20. November 1923, abends 7 Uhr, über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruches Mitteilung zu machen.

Geschlichtete Verhandlungen in der Metallindustrie.

Dem Deutschen Metallarbeiter-Verband wird uns geschrieben: Nachdem am Freitag die Lohnfestsetzung für die vorige Woche nicht zustande kam, fanden am Montag früh neue Verhandlungen mit dem BVMG statt, um den Lohn für die Woche vom 19. bis 26. November auf Goldbasis festzusetzen. Wer aber glaubte, daß die Unternehmer den Arbeitnehmern entgegenkommen würden, der wurde arg enttäuscht. Es wurde also diskutiert über die Frage Gold- oder Rentenmark. Die Unternehmer stehen auf dem Standpunkt, nur einen Rentenmarktarif abzuschließen. Die Unternehmer nahen bisher die höchste wirtschaftliche Lage aus, um den Reallohn der Arbeiter immer niedriger zu drücken. Die Roten im „Vorwärts“ vom Dienstag früh und abend zeigen zur Genüge, wohin die Reise geht.

Die Organisation hat das Reichsarbeitsministerium angerufen. Aber bei dem Geist, der dort herrscht, das zeigen die Schiedsprüche, die in letzter Zeit dort gefällt worden sind, bleibt für den Arbeiter keine große Hoffnung, dort ihre Wünsche erfüllt zu sehen. Es beginnt eine Periode des heftigsten Kampfes. Arbeiter, stärkt eure Organisation! Rüstet zum Kampf!

Angestelltenrat der Berliner Metallindustrie. In den letzten Verhandlungen hat der BVMG, den abtunlich eines Gehaltsstarifes auf Goldmark wiederum abgelehnt, sich aber bereit erklärt, eine Umstellung von der Rentenmarkbasis auf Basis Rentenmark vorzunehmen. Die Verhandlungen hierüber werden am Sonnabend, den 24. v. M., fortgesetzt. Ferner wurde vereinbart, daß am Sonnabend, den 24., wo technisch möglich, am Freitag, den 23. November, eine weitere Vorzahlung a conto November in Höhe von 25 Oktobergehaltern, abzüglich der am 15. und 17. v. M. geleisteten Stotgelvorzahlungsbeträge, erfolgt. Die Firmen sind angewiesen, bis zu 80 Proz. der Beträge in werbeständigen Zahlungsmitteln auszuführen. Die Auswertung hat in jedem Falle zum Kurse vom Freitag, den 23. November, zu erfolgen.

Um die Angestellten im Einzelhandel sind am Donnerstag nochmals laut Vereinbarung mit der Einzelhandelslegemeinschaft, die Gehaltszüge der Woche vom 12.—18. November zur Auszahlung zu bringen.

Lösung, A. G. C. Brauereifabrik: Am Freitag, nach 1/2 Uhr, bei Richter, Kuffsteinstr. 14 wichtige Versammlung aller BVMG-Mitglieder. Kommt dort schon, Vorzeigensweis mitbringen. Der Präzisionsverband.

Deutscher Gewerkschaftsbund, Fachgruppe Eisen- und Blechbau. Die Verhältnisse im Eisen- und Blechbau werden dringender als je, eine Aufstellung, wieviel im Betriebe beschäftigte Arbeiter, Grundbesitzer, Arbeiter usw. beschäftigt sind, zu machen. Schilder ist Montag, den 26. November, notwendig ist bei dieser Aufstellung die Angabe der Firma, Arbeitsstätte, ob organisierte und wo. Diese Aufstellung ist in der am Montag, den 26. November, abends 6 1/2 Uhr, im Gewerkschaftsbau stattfindenden Mitgliederversammlung abzugeben, zu welcher Mitgliedsbuch legitimiert.

Wirtschaft

Handel und werbeständige Zahlung.

Mit der Einführung der werbeständigen Zahlungsmittel ist am Warenmarkt eine Preisnararchie eingetreten, wie sie selbst in den Zeiten wilder Geldentwertung nicht zu beobachten war. Willkürlich werden die in Goldmark errechneten Grundpreise heraufgesetzt und bei einzelnen Lebensmitteln haben wir bereits sechs- bis achtfache Vorkriegspreise. Zu einem wesentlichen Teil bedeutet diese vollkommen zerfallene Preispolitik, die sich auf dem Rücken der Verbraucher abspielt, einen Rückfall in Gepflogenheiten der Zeit, wo man noch mit einem ständigen Fallen der Mark rechnen mußte.

Zu dieser Frage erhalten wir eine Zuschrift von fachkundiger Seite, der wir die nachfolgenden interessanten Ausführungen entnehmen.

Ich möchte mir erlauben, die Öffentlichkeit, nicht zuseht aber auch die Preisprüfungsstelle und die Bucherpollizei, darauf aufmerksam zu machen, daß der Handel schon seit langer Zeit einen Titel „Risikoprämie“ in seiner Kalkulation mitauführt. Diese Risikoprämie wurde begründet mit der Tatsache, daß der Groß- und auch der Kleinhändler Gefahr laufen, daß das von ihm vereinnahmte Papiergeld von dem Augenblick der Einnahme bis zum Wiedereintritt in Ware, an Wert eingebüßt haben könnte. Eine Tatsache, die sich ja auch im Laufe der letzten Monate rmal wiederholt hat. Auch die sogenannten Goldpreise enthalten immer noch einen gewissen Teil der Risikoprämie, weil ja auf sie, soweit sie in Papiermark abgekauft werden, ein Risiko enthalten ist. Das ist kaufmännisch durchaus begründet und wird jeder Laie verstehen, wenn auch der Verbraucher nicht in der Lage ist, sich durch seine Risikoprämie, seine Substanz „Arbeitskraft“ bzw. den dafür vereinnahmten Papiergeldern, zu erhalten. Aber diesen Risiko, ist in erster Linie Sache der Bankpolitik. Es scheint daher nicht nur recht und billig, daß die Zahlung in werbeständigen Zahlungsmitteln die vorher einkalkulierte Risikoprämie an den Bezahler (Käufer) ausgekehrt wird, oder, um es anders zu sagen, daß die Geschäftswelt, bei Zahlung in Goldanleihe bzw. Rentenmark, einen entsprechenden Rabatt gewährt. Die Höhe dieses zu gewährenden Rabatts wird nicht überall gleich sein, weil nämlich die Risikoprämie nicht überall in gleicher Höhe einkalkuliert ist. Das nachzuprüfen ist Sache der behördlichen Organe, nämlich der Preisprüfungsstelle bzw. der Bucherpollizei. Wenn, was kaum glaubhaft ist, der Kleinhandel diese Risikoprämie nicht einkalkuliert hat, so bleibt doch die Tatsache bestehen, daß der Großhandel es bestimmt getan hat — ich erinnere an Zucker —, und wenn die Kleinhändler behaupten, sie könnten keinen Rabatt gewähren, weil auch sie von ihrem Großhändler einen solchen nicht erhalten, so mag das vielleicht richtig sein, in diesem Falle wundert sich dann der Großhändler, der außer dem ihm zuzurechnenden Gewinn, auch die vorher einkalkulierte Risikoprämie in seine Taschen stecken läßt.

Nach diesen Darlegungen erscheint es nicht nur recht und billig, daß bei Zahlung in werbeständigen Zahlungsmitteln ein Rabatt gewährt wird, sondern es ist unbedingt notwendig, daß die Händler verpflichtet werden, einen solchen Rabatt zu gewähren, und daß das Publikum darauf aufmerksam gemacht wird, einen Händler, der sich weigert, das zu tun, der Bucherpollizei anzuzeigen.

Für diejenigen, die bisher nur Papiergeld besaßen, erscheint das zunächst als eine Härte, es ist aber nicht einzusehen, daß das, weil die Gewährung von Rabatt gegenüber den Papiergeldbesitzern eine Härte ist, nun den Händlern einen Mehrgewinn in die Tasche stecken muß. Viel eher wird damit zu rechnen sein, daß auch die bisherigen Empfänger von Papiergeld demnach mit werbeständigen Zahlungsmitteln zahlen können. Wenn sich die darin die Gewährung von Rabatt nicht durchsetzen hat, dann steht zu befürchten, daß die sogenannten Goldpreise, die ja, wie allgemein bekannt, künstlich hinaufgetrieben worden sind, sich auf dieser Höhe erhalten. Es erscheint notwendig, daß mit aller Energie im Sinne der vorstehenden Ausführungen von den Organen, die es angeht, das Nötige veranlaßt wird.

Ämliche Devisenkurse.

20. November		19. November		
Gold	Devisen	Gold	Devisen	
M = Millionen Mark, T = Tausend Mark.				
1 Holländ. Gulden	156.000 M	150.7810 M	95.2613 M	95.7987 M
1 Argent. Pap. Peso	127.6800 M	128.2201 M	85.7850 M	80.2150 M
1 Belgischer Franc	189.525 M	190.475 M	118.715 M	114.285 M
1 norwegische Krone	608.475 M	611.525 M	386.075 M	379.025 M
1 dänische Krone	718.200 M	721.800 M	434.010 M	437.090 M
1 schwed. Krone	1.097.250 M	1.102.750 M	674.310 M	677.690 M
1 finnische Mark	1.117.20 M	1.122.20 M	678.90 M	681.70 M
1 Japan. Yen	199.5000 M	200.5000 M	120.9070 M	121.5090 M
1 italienische Lira	17.9550 M	18.0450 M	10.7730 M	10.8270 M
1 Pfund Sterling	17.955.000 M	18.045.000 M	10.972.500 M	11.027.500 M
1 Dollar	41.895.000 M	42.050.000 M	25.137.000 M	25.263.000 M
1 iranischer Franc	2.234.10 M	2.245.60 M	1.816.70 M	1.828.30 M
1 brasilian. Milreis	851.120 M	852.180 M	215.480 M	216.540 M
1 Schweizer Franc	729.190 M	729.810 M	444.895 M	447.115 M
1 spanische Peseta	51.2640 M	51.3800 M	329.175 M	330.225 M
1 lit. Krone (abgest.)	5.868 T	5.891 T	3.5910 T	3.6090 T
1 tschechische Krone	121.495 M	122.205 M	73.815 M	74.185 M
1 ungarische Krone	217.455 T	218.545 T	139.950 T	140.950 T
1 bulgarische Dena	88.915 M	89.055 M	21.45 M	22.85 M
1 jugoslaw. Dinar	48.294 M	48.516 M	29.025 M	30.075 M

Verantwortlich für Inhalt: Franz Kunder; Wirtschaft: Arthur Sabernus; Gewerkschaftsbewegung: A. Steiner; Redaktion: Dr. John Edlmann; Schloß und Postamt: Fritz Kuffstein; Druck: Th. Glaser; Vertrieb: Th. Glaser; Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin.

Die beste Sparsamkeit

bleibt verständige Körperpflege, denn Gesundheit ist Reichtum, ihre Vernachlässigung zeitigt kostspielige Folgen. Deshalb macht sich zum Beispiel eine hygienisch vollkommene Zahnpflege vielfältig bezahlt, wird auch jedermann ermöglicht durch die maßvolle Preisgestaltung der vorbildlich wirkenden

ZAHNPASTA NIVODONT

Ebenso tragen Anwendungen für vorbeugenden Schutz gegen die Ansteckungskrankheiten der rauhen Jahreszeit: Grippe, Diphtherie usw. hohen Nutzen. Solchen Schutz gewähren zuverlässig die auch gegen üblen Mundgeruch sicher wirkenden

CALCIFORM - TABLETTEN

Man bestohe in allen einschlägigen Geschäften auf NIVODONT und CALCIFORM!

Und man achte überall auf den Rabat!



Was hält der „Bauch von Berlin“.

Schätze, die im Verborgenen liegen. — Berlin kann nicht verhungern.

Der „Bauch von Berlin“ ist unersättlich, und der Magen einer Millionenstadt braucht ganz beträchtliche Mengen von Lebensmitteln, bevor er voll und befriedigt ist.

der Inhalt von neun Berliner Speichern:

33 036 Sack Weizenmehl, 5323 Sack Roggenmehl, 214 Sack, 393 Beutel und 397 Kisten Rubeln, 8765 Sack, 267 Kisten, 31 Waggons und 840 Tonnen Salz, 351 Sack Linen, 2406 Sack Weizengrieh, 221 Sack Reis, 304 Sack Haferflocken, 7304 Sack und 509 Tüten Weizenkleie, 2596 Sack Roggenkleie, 100 Sack Gerste, 204 Tonnen Mais, 105 Tonnen und 881 Sack Weizen, 600 Sack Weizenmehlmehl, 900 Sack Kunsthonig, 130 Tonnen, 1134 Sack und 800 Zentner Roggen, 610 Sack Rohnmehl, 1991 Sack Kleie, 915 Sack und 44 Tonnen Hafer, 1275 Sack Kartoffelmehl, 1110 Sack Kartoffelflocken, 308 Sack Bohren, 300 Kisten kondensierte Milch, 295 Zentner Heferleie, 200 Sack Hartgrieh, 200 Sack Malzstoffer, 58 Sack Kartoffelschnitzel, 113 Sack Traubenschnitzel, 250 Sack Soba, 752 Sack Backpflaumen, 98 Sack Kaffee, 225 Sack Erbsen, 120 Ztr. Weizenkleie, 224 Sack Haferkleie, 6056 Tonnen Herings, 10 Sack Zichorie, 300 Sack Hirse, 45 Sack Kornkaffee, 1 Wagon und 600 Zentner Kapsfuchen, 2 Sack Graupen, 75 Sack Palmfutterschrot, 350 Sack Reisfutterschrot, 1 Wagon Palmfuchsen, 600 Sack Rapsfuchsen, 100 Zentner Ackerbohnen, 50 Sack Maispuder, 81 Sack Dörrobirnen, 24 Fäß Stärkesirup.

Wenn man die ständige Reibe der Lebensmittel, die von den Beamten des Landespolizeiamts festgestellt wurden, so langsam an sich Reue polstern läßt, so muß man zu dem erfreulichen Resultat kommen, das nach der Melodie geht: „Lieb Vaterland, magst ruhig sein“, Berlin kann nicht verhungern.

Wurden Waren zurückgehalten?

Die Sache hat noch ein anderes Gesicht, wenn man erfährt, daß die Kontrolle ergeben hat, nicht unbedeutliche Lebensmittel seit verhältnismäßig langer Zeit bereits auf den Speichern lagern. Es wurde z. B. ermittelt, daß auf einem Speicher 7251 Sack und 267 Kisten Salz seit dem 6. November 1922 lagern. Auf demselben Speicher fand man 1099 Fäß Herings seit Juli 1923 und 1942 Fäß, die seit August/September dort stehen. In einer anderen Stelle wurden 75 Sack Zucker, die dort seit April 1923 stehen, festgestellt, und noch an einer anderen Stelle entdeckte man 700 Sack Kartoffelmehl, das seit November 1922 und Januar 1923 dort untergebracht war. Die nicht unberechtigte Annahme drängt sich auf, daß in vielen Fällen Waren zurückgehalten worden sind, und gegen die Firmen, die hier Lebensmittel gelagert haben, ist dann auch Anzeige wegen Warenzurückhaltung erstattet worden.

Von Hand zu Hand.

Die Prüfung und Kontrolle der Speicher durch die Außenbeamten des Landespolizeiamts hat sich aber außerdem auch nach der Richtung erstreckt, ob nicht Kettenhandel vorliegt. An der Hand der Vorkaufsheine, die die einzelnen Firmen vorweisen mußten, konnte festgestellt werden, daß in vielen Fällen Mehl durch 7 bis 8 Hände gegangen ist, ohne daß es an den Käufer gelangte. Nach den Beobachtungen, die die Kriminalbeamten des Landespolizeiamts machten, findet nicht nur Kettenhandel mit ganzen Waggons statt, sondern

auch mit einzelnen Posten. Findet sich ein Händler, der den Wagon verteilt, d. h. die Ware in einzelnen Posten weitergibt, so legt eine neue Kette ein, in der die einzelnen Posten wieder durch verschiedene Hände gehen. Ein Teil der Ware, die bei den Speicherkontrollen gefunden wurde, ist beschlagnahmt worden. Die Staatsanwaltschaft wird zu befinden haben, was mit den Waren geschehen soll und auf welche Weise sie eine schnelle Verwendung zu finden haben.

Verhungern kann also Berlin gemäß nicht, wenn die Bevölkerung die oben aufgeführten Lebensmittel zugeseitet erhält. Ob dabei durch den Großhandel Hemmungen und Hindernisse bestehen, das zu entscheiden ist Sache des Staatsanwalts und des Gerichts. Unter keinen Umständen aber darf es soweit kommen, daß ein bekanntes und viel zitiertes freches Wort in der Variation auf Berlin poht: „Berlin hungert bei vollen Speichern“.

Wieder steigende Preise.

Brot, Milch, Kohlen, Werk- und Verkehrstarife.

Als eine Folge des steigenden Dollarkurses und der Erhöhung des Goldmarkniveaus auf eine Billion stellen sich prompt eine ganze Anzahl von Preiserhöhungen ein. Besonders einschneidend ist die Bemessung des Brotpreises nach Goldmark in einem Augenblick, wo die große Masse der Lohn- und Gehaltsempfänger noch nicht einen Pfennig des wertbeständigen Geldes zu sehen bekommen hat. Das dunkle Brot kostet 77 Goldpfennige, also 7 Goldpfennige mehr, und das helle Brot 24, also 4 Goldpfennige mehr als bisher. Der Grundpreis der Schrippe bleibt unverändert auf 3 Goldpfennige stehen. Die Erhöhung der Brotpreise ist nach amtlicher Mitteilung darin zu sehen, daß die Reichsbrotbäckerei für das Mehl statt bisher 30,35 Goldmark für den Doppelzentner 36,30 Goldmark fordern mußte. — Das Ernährungsamt teilt mit, daß der Preis für Vollmilch 280 Milliarden und für Roggenmilch 95 Milliarden Mark am 21. und 22. je Alter beträgt. — Nach dem amtlichen Dollarkurs vom 20. November stellen sich die Verkaufspreise für Briketts und Koks ab 22. d. M. wie folgt: Kühlen- und Ofenbrandbriketts ab Lager 1911, frei Keller 1921 Milliarden, Gaskoks 4228 und 4308 Milliarden. Bei fuhrerweiser Lieferung: Briketts 1911 und 1971, Gaskoks 4228 und 4268 Milliarden. — Die Direktionen der städtischen Gas-, Wasser- und Elektrizitätswerke teilen mit, daß der Gaspreis für den 21. und 22. 210 Milliarden, die Entwässerungsgebühr 160 Milliarden und der Strompreis 420 Milliarden für eine Kilowattstunde beträgt. — Ferner erfahren die Verkehrstarife ab Donnerstag eine bedeutende Erhöhung. Die Berliner Straßenbahn wird ab Donnerstag folgende Fahrpreise nehmen: für den Umsteigefahrschein 150 Milliarden, für den Kinderfahrchein 75 Milliarden und den Uebergangsfahrschein zur Hochbahn 250 Milliarden. Die Hoch- und Untergrundbahn nimmt folgende Fahrpreise: In der ersten Klasse 100 und 150 Milliarden und in der zweiten Klasse 150 und 200 Milliarden. Siocks zu zehn Karten kosten 900 und 1200 bzw. 1300 und 1700 Milliarden. Der Preis für die Wochenkarte zu sechs Fahrten beträgt 750 und 1000 Milliarden. Die Omnibusgesellschaft erhebt für die Teilstrecke 150 und für die ganze Strecke 200 Milliarden.

Ein Preisrätsel.

Uns wird geschrieben: Wenn sich der amtliche Kurs der Papiermark verschlechtert, erhöht sich am nächstfolgenden Tage der Preis für den Hausbrand. Dieses Aufsteigen ist so gewiß wie die Sonne im Osten. Bei Koks ist die Preisnachprüfung für jemand, der außerhalb des Berliner Kohlenamtes steht, unmöglich, weil er nicht wissen kann, aus welchem Bergwerksbezirk die Lieferungen nach Berlin kommen. Bei Hausbrandbriketts ist aber eine Preisprüfung möglich. Ist

gegeben, da diese aus dem Bereich des Senftenberger Braunkohlenbergbaues bezogen werden und auf einer einheitlichen Preis- und Frachtgrundlage beruhen. Eine solche Nachprüfung führte zu dem Ergebnis, daß eine öffentliche Anfrage an das Berliner Kohlenamt gestellt werden muß, welche Richtlinien für seine Preisbemessung bei Hausbrandbriketts maßgebend sind. Die Bevölkerung Berlins, als Träger des Kohlenamtes, hat ein Recht, diese Frage klipp und klar beantwortet zu bekommen. Daß diese Fragestellung berechtigt ist, soll bewiesen werden. Seit 15. Oktober d. J. kostet eine Tonne Briketts frei Wagon ab Grube bei Senftenberg 14,13 Goldmark. Mit einer Abrundung nach oben sind das für den Zentner 0,71 Goldmark. Zugeschlagen werden muß die Fracht bis Berlin im Betrage von 6,08 Goldmark für eine Tonne. Frei Berlin Ostbahnhof kostet (sonach ein Zentner Briketts einschließlich Handelsnutzen für den Plaghändler — der im Preis von 14,12 Goldmark enthalten ist — 1,04 Goldmark. Dieser Goldmarkpreis ist, das sei nochmals hervorgehoben, unverändert geblieben. Die Preise des Berliner Kohlenamtes sind aber andauernd schwankend auch in Goldmark. Es kostete ein Zentner Briketts:

Table with 4 columns: Datum, Frei Berlin Ostbahnhof in Goldmark, Kleinverkauf in Milliarden Papiermark, Kleinverkaufspr. nach dem amtlichen Kurs in Goldmark. Rows for dates 6. Nov., 8., 14., 15., 16.

Fragen: Welche Erklärung hat das Berliner Kohlenamt für die Schwankungen des Kleinverkaufspreises in Goldmark zu geben? Wie ist es zu erklären, daß der Kleinverkaufspreis in den beiden letzten Tagen um 111,53 Proz. über den Bestehungs- und Frachtkosten bis Berlin liegt? Steht ein Aufschlag von 111,53 Proz. in Goldmark für Abfuhrgebühren vom Bahnhof und Kleinhandelnutzen nicht verurteilt ähnlich dem privaten Preiswucher? Welches sind die Richtlinien für die Bestimmung der Kleinverkaufspreise?

Die neue Pehower Schießaffäre.

Die Beteiligten noch nicht vernehmungsfähig.

Zu dem blutigen Zusammenstoß, der sich, wie mitgeteilt, am Montagabend im Pehower Forst umweit des Forsthauses Kammerode zwischen dem jungen v. Kähne und den Blindworder Einwohnern Körne und Kiebler ereignet hat, erfahren wir noch folgendes:

Die nächtliche Schießerei auf Pehow konnte gestern noch nicht durch die Potsdamer Staatsanwaltschaft geklärt werden, da alle Beteiligten schwer verletzt sind und zu einem sofortigen Transport nicht transportiert werden konnten. Die Staatsanwaltschaft führt daher erst heute zu der Waldstelle nach Tannroda. Der Zusammenstoß erfolgte zwischen Tannroda und Neue Schürne. Trümmern der jungen Kähne von seinem Vater erbt und des Majorats für verurteilt worden ist, soll ihm sein Vater den Forstschuß über die gesamten Pehower Reviere übertragen haben; der junge Kähne war daher immer im Besitz mehrerer Schußwaffen. Der Kampf zwischen den Männern muß sehr schwer gewesen sein. Kähne sowie Kiebler sind so schwer verletzt, daß sie nicht transportfähig sind. Kähne liegt zurzeit auf Schloß Bädlich bei Pehow. Verhaftungen sind bisher nicht erfolgt.

In der nächsten Zeit wird übrigens mit der Durchführung der zahlreichen Beleidigungsprozesse begonnen werden, die Kähne senior gegen eine Reihe von Zeitungen angestrengt hat. Am 4. Dezember ist die Berufungsverhandlung gegen den Redakteur Seeling von der „Brandenburger Zeitung“ anberaumt.

Die Mehlshiebungen beim Schöneberger Magistrat.

In dem umfangreichen Strafverfahren wegen der ungeheuerlichen Mehlshiebungen beim Schöneberger Magistrat ist die Voruntersuchung nunmehr abgeschlossen und die Akten aufgestellt worden. Angeklagt sind 43 Personen, und zwar der Magistratsobersekretär Bange, mehrere frühere Hilfsarbeiter beim Magistrat Schöneberg und eine Reihe von Käufern, Kreditoren und Kaufleuten. Sie sind der aktiven und passiven Verschwendung, des Preiswuchers, des Schleichhandels und des unerlaubten Großhandels mit Lebensmitteln beschuldigt. Die Verteidiger haben mit Rücksicht auf das riesige Aktenmaterial, das eine ganze Dolkliste in der Gerichtssekretariat der Staatsanwaltschaft ausfüllt, um die Verlängerung der Erklärungsfrist auf einen Monat nachgesucht. Die Verhandlung vor der Strafkammer des Landgerichts II dürfte daher erst Anfang nächsten Jahres stattfinden.

Die Lofolfsicher.

Roman von Johan Bojer.

Jakob mußte in den Kramladen gehen und sich das kaufen, womit er seinen Körper bedecken wollte, und jetzt sah er hier in isländischer Wolljoppe und Pelzweste und blauer Ueberjacke.

Für wen suchte er? Für niemand. Er war auf dem Lofot zu Hause, auf der Nordfahrt und auf der Südfahrt auch dort weiter unten im Süden, aber sein eigentliches Heim war die Kamduse der „Moerblume“. Wenn er bisher in keiner Schlägerei totgeschlagen war, sich noch nicht zu Tode getrunken hatte oder bei tollkühnem Segeln umgekommen war, so gab es dafür nur eine Erklärung: Er war eben der Jakob. Und jetzt sah er hier butterweich und bekam Misse und Schnaps, und er war der unsterbliche Jakob Schwerenot mit dem Kurzfuß, der Sturmvoegel an Land.

Im übrigen erzählte er, demnächst werde ein großer Redner herkommen. Der Pfarrer sei während auf ihn, aber in der Ausdeutung von Gottes Wort solle er etwas loshaben. Und Jakob neigte den Kopf, blickte in die Lampe und schmeckte fast etwas Süßes, als er Gottes Wort sagte.

Aber als die Schüssel leer war, erhob er sich und stürmte hinaus. Er hatte die Meinung, daß es noch in einem anderen Hause Misse gäbe, und draußen in der Dunkelheit steuerte er durch den Schnee geradewegs auf ein Licht in einer Klippenwand zu. Er schlingerte wohl etwas nach rechts hinüber mit dem Südwestwind und dem breiten Rücken, aber sonst sang er sein altes Lied: „O du Maria — aho!“

In der Hütte aber, zu der es ihn zog, hauste Andreas Ekra, der Führer des „Svrmvoogels“, und hier gab es Misse und Schnaps. Aber die Männer gähnten, sie wollten wieder ins Bett, sie mußten früh aufstehen und eine arbeitsame Woche beginnen.

Da torkelte Jakob wieder in die Finsternis hinaus. Jetzt sangen viele verschiedene Schnäpfe in ihm, er hatte eine gute Ladung Misse eingenommen, aber er steuerte auf das Hafensicht zu und erinnerte sich unachser, wo die Bolle lag. Und als er an den dunklen kleinen Hütten vorbeislingerte, mußte er natürlich sein Lied singen: „O du Maria — aho!“ Hallo da fiel er in einen Schneehaufen, aber es tut ganz wohl, einen Augenblick stillzuliegen, zu den Sternen amorphzuliegen und

sich dann wieder aufzurappeln. Schuppen und Häuser waren schon dunkel, keiner sah, daß Jakob auf der einen Seite weiß und auf der anderen schwarz war, aber sich da, da schleicht ein Bursch mit einem Mädel davon. He, he! Dachte der Kerl, Jakob wäre niemals jung gewesen?

Dann kam er endlich an die Jolle, löste sie, kletterte an Bord, legte die Ruder aus. Und unter ihm lag der Sund, blank von Sternen, und über ihm funkelte der Himmel mit noch viel mehr Sternen, und jetzt beginnen die Brücken zurückzuweichen. Nun, mögen sie laufen!

Schiffe und Boote im Hafen, das Rauschen der Brandung vom Meere her, Dunkel und Frieden über Land und See, o du Maria — aho!

15.

Es war fern im Süden an einem grauen Strande, und auch dort war es Winter mit Schnee und Sturm, und Frauen und Kinder taten ihre Arbeit, aber ihre Gedanken waren nicht hier, — sie waren bei denen, die aus dem Meere fuhrten, viele, viele Melken nordwärts.

Ganz oben auf den Höhen auf einem kleinen Berghof ging ein weißbärtiger Greis umher, Kaneles Gomons Vater, und er tastete sich aus und ein und wurde nur älter mit jedem Tage, der verging. Ist das nicht leitfam? Früher einmal hatte er so gut sehen können, er konnte die Schafe meilenweit in den Bergen erkennen, er hatte Boote und Schiffe tief unten auf dem Fjord sehen können, und er konnte sie voneinander unterscheiden und ihnen die rechten Namen geben. Ja selbst in den Dörfern am Fuße der Westberge jenseits des Fjords konnte er ein Boot am Strande und Rauch aus den roten und grauen Häusern sehen.

Jetzt sah er kaum noch seine eigenen Finger. So kann es gehen. Er hatte manchen Schilling damit verdient, daß er Rehrbesen und Holzspantoffel machte. Aber jetzt schnitt er sich dabei nur in die Finger, weil die Hände so zitterten, und außerdem konnte er in dem tiefen Schnee kein Material finden. Den Schafen, den paar Kühen und dem kleinen Fjordpferd gab das Mädelchen zu fressen, aber er konnte auch noch manchmal in den Stall gehen und nachsehen, ob die Tiere gut gepflegt wurden. Sonst aber sah er auf einem Schemel am Ofen und rauchte eine kleine eiserne Pfeife, legte Holz auf und brachte die Zeit so hin. Es war immer windig hier oben in den Bergen, und mit der Zeit war der Wind ein Mensch geworden, mit dem er sprechen konnte. An das

Mädel konnte er sich nicht wenden, sie tat wohl ihre Arbeit, aber mindestens einen Abend in der Woche lag sie auf Schneeschuhen die halbe Meile zum nächsten Nachbarn hinunter, um mit der Jugend zu schwätzen und zu lachen. Nein, da war der Wind viel beständiger, der war dem Hause treu. Und nun sah der Alte hier allein und schwachte mit dem Winde von Kaneles. Die beiden waren sich darin einig, daß er ein ganz tadellos'er Bursche sei, der einem Schnaps und einer Schlägerei nicht aus dem Wege ginge, aber tüchtig für zwei sei, wenn es darauf ankäme, und gutherzig, wenn man ihn nur richtig ansahle. Darin waren sie beide einig. Und wenn der Winter vergangen war, dann würde er mit seinem Verdienst heimkommen und dann würde Raj werden mit dem Krämer und auch mit der Bank. Und was den Lennemann betraf, so würde Kaneles ihn schon zum Schweigen bringen.

Der Alte sah hier mit dem langen weißen Haar und Bart, rot im Gesicht vom Ofenfeuer, und der Wind und er wurden bald noch in einem anderen Punkte einig: Der Kaneles mußte bald heiraten, denn hier war eine erwachsene Frau im Hause nötig, und er selber würde schon noch kleine Kinder wiegen können. Wiegen, ja, sagte der Wind, hui, hui! Wiegen, ja, sagte auch der Alte zu den Feuerflammen im Ofen, und dann trocknete er die roten, feuchten Augen und wiegte den weißen Kopf. Büsch, büsch! Wurde es ein Junge, so würde er wohl nach ihm selber Dia heißen. Ein Junge, ja, sagte der Wind. Dia, ja, sagte der Wind. Büsch, büsch!

Es war der Nordwestwind, mit dem der Alte sprach. Er kam vom Meere her, sehte über Blaahela weg und begann dann zwischen den Bergen zu donnern und zu dröhnen, daß Fjord und Dorf Tag für Tag in wirbelnde Flocken gehüllt waren. Weiße Schneegespenter erhoben sich himmelhoch von der Erde und sausten kopfüber durch die Finsternis davon. Und unten am Strande sah man Licht aus den kleinen Häusern. Sie duckten sich gleichsam nieder und verlugten, sich im Schnee zu verstecken aus Angst vor diesem Himmelsunwetter.

Heute abend kam der vierzehnjährige Oluf Muran auf Schneeschuhen gegen den Wind gelaufen. Er hatte ein Ränzal auf dem Rücken und die Misse über die Ohren gezogen, er war bei dem Krämer gewesen, der auch die Post verwaltete. Und jetzt hatte er einen Haufen Briefe, die noch heute abend in der ganzen Gegend ausgetragen werden mußten. (Fortsetzung folgt.)

Das deutschnationale Programm.

Kommunistenradium im Reichstag.

(Schluß aus dem Hauptblatt.)

Abg. Hergl (Dnat.) spricht ebenfalls sein Bedauern darüber aus, daß der Kanzler heute nicht zuerst das Wort ergriffen habe. Das neue Kabinett Stresemann ist nur ein Kopf, der eine neue Probezeit dazu bekommen hat. (Zuruf links: Barres? — Heiterkeit.) Stresemann ist der Erfinder, ja der Fanatiker der großen Koalition. Nun ist das Kartenhaus gefallen, jetzt muß auch er fallen! (Beif. Zustimmung rechts.) In der Arbeitszeitfrage hat man sich ganz und gar in untergeordneten Fragen verlor. Das große Problem der Währungsfrage ist immer noch nicht vollständig gelöst. Was soll man dazu sagen, daß jetzt als Reichswährungskommissar ausgezogen der Mann bestellt worden ist, der ein ausgesprochener Feind der neuen Währung, der Rentenmark ist! Auch in der Frage der Niederrückung des passiven Widerstandes kann von einem Erfolg für die Regierung keine Rede sein. Darüber soll der Reichskanzler heute vor der Öffentlichkeit eine klare Antwort geben, wie er sich die Zukunft des besetzten Gebietes denkt. Wir sind durchaus der Meinung, daß mit den Allierten verhandelt werden muß und nicht mit den Franzosen allein. Wir haben allen Grund, unsere Interessen zu wahren und müssen darauf bestehen, daß wir nicht den Franzosen ausgeliefert sind, sondern es mit allen Allierten zu tun haben, das heißt mit der Rheinlandkommission. (Sehr wahr! rechts.) Die Einstellung Frankreichs wird wesentlich dadurch bestimmt sein, ob Deutschland nach eigenem Rezept aus seiner Schwäche herauskommt. (Sehr richtig! rechts.) Die Besserung in der Haltung Englands, Amerikas und Italiens uns gegenüber müssen wir durchaus nicht überschätzen, aber wir müssen mit Genugtuung anerkennen, daß überhaupt sich eine solche Haltung geltend gemacht hat. Wie kann man aber glauben, daß das Ausland Interesse gerade an der jetzigen besetzten Regierung habe? Die Kundgebung Mussolinis spricht sich für diejenige deutsche Regierung aus, die die Ordnung im Reich garantieren könne. Das ist gerade die Regierung, wie wir sie uns denken. (Wachen links.) Ich verstehe darunter nicht eine einseitig deutschnationale Regierung, sondern eine solche, die die größte nationale Front auf das Vertrauen des Volkes aufbauen könnte. Wir denken nicht daran, den Feuerbrand in Europa zu entfachen (Wachen links), aber wir wollen auch nicht einem Kampf ausweichen, der uns aufzuwecken wird. (Wachen links.) Wir wollen mit aller Energie auf unseren Rechten bestehen und uns auch die Sorge, daß unsere Hauptfeinde, Frankreich und Belgien, getrennt sind, uns nützlich machen. Wir wollen eine solche Regierung nicht mit einem Streit um die Staatsform beginnen (Wachen links), sondern, sobald, beginnen, denn wir sind jetzt überzeugt, daß die Staatsform sich später von selbst ergibt. Wir sind weit davon entfernt, die Arbeiterklasse zu bedrücken. (Wachen links.) Wir treten für die Arbeiterschaft ein, wenn wir die Anbahnung verstehen, daß in Deutschland unendlich mehr gearbeitet werden muß. Duldsamkeit muß im deutschen Volke herrschen. Eine solche Regierung bietet die Garantie, daß in Deutschland endlich Ruhe und Frieden eintritt. Wir wollen durchaus nicht, daß das Parlament nicht erfüllt, daß es dauernd noch haufen geschickt wird, daß es ohne Parteien aßen soll, aber es soll nicht in dieser Parteienmohr bleiben. Das Parlament ist eben ergänzungsbedürftig. Wir müssen die nationalen Kräfte des deutschen Volkes wach machen. Unsere Hauptaufgabe ist die Jugend des deutschen Volkes. Eine weitere Kraftquelle ist die weibliche Kraftquelle unseres Volkes. Eine weitere nationale Kraftquelle sind wir in den nationalen Verbänden. Woher ist denn die „Erfassung“ in Bayern und die bayerische Frage überhaupt entstanden? Doch bloß durch die Schuld, die hier in den Regierungsverhältnissen liegt. (Beif. Beifall rechts.) — Widerspruch und Unruhe in anderen Teilen des Hauses.) Wir sind kein auf dem Geiß der heiligen Einheit, wenn wir nicht durch einen Regierungswechsel dafür sorgen, daß alle Deutschen einig zusammengehen können. (Beif. Beifall rechts.)

Ein Zwischenfall.

Präsident Lobe erteilt darauf dem Reichskanzler das Wort. Abg. Roenen (Komm.) verlangt das Wort zur Geschäftsordnung. Der Präsident erklärt, daß er schon vorher erklärt habe, jetzt das Wort zur Geschäftsordnung nicht erteilen zu können. Abg. Remmele (Komm.) ruft: Die Polizei ist im Hause, das Parlament wird zum Zuchthaus! (Er wird unter ungeheurem Lärm der Kommunisten vom Präsidenten dreimal zur Ordnung gerufen.) Präsident Lobe: Auf Grund des § 91 der Geschäftsordnung fordere ich den Abg. Remmele auf, wegen arabischer Verleumdung der Ordnung den Saal zu verlassen. (Stürmischer Beifall rechts.) Abg. Remmele leistet der Aufforderung nicht Folge. Präsident Lobe: Da der Abgeordnete Remmele meiner Aufforderung nicht Folge leistet, so werde ich die Sitzung aufheben. (Erneute stürmische Zwischenrufe bei den Kommunisten.) Vorher muß ich jedoch folgendes erklären (Abg. Roenen (Komm.): Sie haben die Sitzung geschlossen!) Das ist noch nicht geschehen. (Erneute lärmende Zurufe der Kommunisten, namentlich des Abg. Roenen.) Herr Abg. Roenen, wenn Sie mit Ihren Unterbrechungen fortfahren, werde ich auch Sie von der Sitzung ausschließen. (Beif. Zustimmung rechts.)

(Beif. Zustimmung rechts.) Sie sind alle Zeugen gewesen, daß ich, solange es in meinen Kräften stand, vermieden habe, die äußersten Mittel des Präsidiums anzuwenden. (Beif. Zustimmung bei der Mehrheit.) Wir sind hier im Hause und draußen unzählige Vorkämpfer gemacht worden, daß ich soweit gegangen sei in meiner Toleranz. Alles hat seine Grenzen! (Erneuter Beifall.) Ich bitte den Abg. Remmele, meiner Aufforderung Folge zu leisten und den Saal zu verlassen. (Zurufe bei den Kommunisten: Das wäre ja noch schöner! Erst muß Polizei her!) (Abg. Remmele bleibt im Saal vor der Rednertribüne stehen.) Präsident Lobe: Ich habe die Sitzung zunächst für eine Stunde auf. Während ein Teil der Abgeordneten den Saal verläßt, bleiben die meisten Mitglieder des Hauses in lebhaften Gesprächen zurück. Allmählich räumen auch diese den Saal, der Abg. Remmele jedoch bleibt ostentativ auf seinem Platze sitzen. Schluß 4 1/2 Uhr.

Die neue Sitzung.

Präsident Lobe eröffnet die neue Sitzung um 5 Uhr 20 Min. Der Abg. Remmele (Komm.) ist im Saale geblieben und behauptet seinen Sitz. Präsident Lobe gibt folgende Erklärung ab: Der Abg. Roenen hatte sich zum Wort zur Geschäftsordnung gemeldet, um sich darüber zu betragen, daß im Hause Kriminalbeamte der Polizei anwesend sind. Diese Tatsache ist richtig: diese Kriminalbeamten sind von mir selbst, und zwar seit mehreren Monaten, in das Haus gestellt worden, seitdem durch eine Anzahl von Zuschriften und auch öffentliche Drohungen gegen Mitglieder der Reichsregierung und auch gegen den Reichstag erhoben worden sind. Die Erfahrung hat gezeigt, daß solche Drohungen nicht immer nur Drohungen geblieben sind, und daher sah ich mich veranlaßt, das für notwendig Erachtete zum Schutze zu tun. Aus diesem Grunde habe ich die Polizei draußen und drinnen aufgestellt. Abg. Roenen (Komm.) erhebt zur Geschäftsordnung Einspruch dagegen, daß der Reichstag sich unter Polizeidiktatur gestellt habe.

Abg. Dittmann (Soz.)

bedauert außerordentlich, daß es zu diesem Austritt gekommen sei, aber die sozialdemokratische Fraktion stehe auf dem Standpunkt, daß das Verhalten des Präsidenten absolut korrekt war. Die Fraktion stehe einmütig hinter dem Präsidenten (Beif. Beifall), nicht weil er ein Mitglied der Fraktion sei, sondern weil er als Präsident genau nach der Geschäftsordnung verfahren sei. Der Präsident hat die Geschäfte des Reichstags zu führen, er hat auch seine Würde und Rechte zu wahren. Auch August Bebel hat stets den Standpunkt vertreten, daß die Vertreter des Proletariats in allen Körperschaften, in die sie hineingestellt werden, sind als anständige Menschen zu benehmen haben. (Beif. Zustimmung.) Leider muß festgestellt werden, daß die Kommunisten auch in diesem Hause nicht nach diesem Grundsatze verfahren sind. (Beif. allgemeine Zustimmung.) Die Maßnahmen des Präsidenten waren in keiner Weise proklatorisch gegen irgendeine Partei. Es ist bekannt, daß Rathenau, ehe er im Grundgesetz erschossen wurde, hier im Hause erschossen werden sollte. (Hört! hört!) In diesem Hause fand eine Sitzung rechtsgerichteter Organisationen statt, der eine große Anzahl von Bewaffneten beiwohnten, so daß der Präsident damals die Anwesenheit von Bewaffneten im Reichstage verbieten mußte. (Hört! hört!) An der Schwelle dieses Hauses ist der Abg. Haase erschossen worden. (Hört! hört!) Es kann also niemand daran denken, daß eine Gefahr für das Leben der Abgeordneten und der Regierungsmitglieder nicht vorhanden sei.

Der Präsident hätte seine Pflicht verletzt, wenn er die nötigen Vorkehrungen nicht getroffen hätte. Die polizeilichen Maßnahmen sind auch den Kommunisten ausdrücklich und im einzelnen mitgeteilt worden. (Beif. hört! hört!) Der Präsident hat den kommunistischen Abgeordneten auf Ehrenwort versichert, daß diese Maßnahmen sich in keiner Weise gegen ihre Fraktion richten, sondern daß es allgemeine Schutzmaßnahmen sind. Wir können die Haltung des Präsidenten nur vollkommen billigen, und sicherlich wird das ganze Haus es auch tun. (Beif. Beifall.)

Präsident Lobe stellt darauf fest, daß der ausgewiesene Abg. Remmele sich noch im Saale befindet. Er richtet daher an ihn die Frage, ob er den Sitzungssaal verlassen wolle. Abg. Remmele schüttelt verneinend mit dem Kopf. Präsident Lobe: Er tut es nicht! Dann schließe ich die Sitzung und beraume die nächste für Donnerstag 1 Uhr an mit der Tagesordnung: Fortsetzung der politischen Aussprache. (Beif. Beifall, Lärm bei den Kommunisten. Unruhe rechts.) Der Sitzungssaal leert sich nur langsam. Überall bilden sich erregte Gruppen. Abg. Remmele ist durch seine Weigerung, in der neuen Sitzung den Saal zu verlassen, ohne weiteres nach der Geschäftsordnung auf weitere 20 Sitzungstage von den Verhandlungen ausgeschlossen. Schluß 4 1/2 Uhr.

fassung bekommen, die sich zwar sehr schön ausnimmt, aber von vielen Volksteilen in das Gegenteil ihrer eigentlichen Bedeutung verkehrt wird. Einer unserer Parteiführer führte kürzlich aus, daß die Verhältnisse in Deutschland von der außenpolitischen Entwicklung abhängen. Wir als Oppositionelle haben niemals die Frucht der Arbeitsgemeinschaften sehen können. Nachdem der Krieg und auch der Kampfstreit für Deutschland verloren ist, heißt die Frage: „Wie können wir die deutsche Wirtschaft wieder auf die Höhe bringen?“ Wie aber hat man es gewagt, einer Klasse solche Fußstapfen zu geben wie uns in den letzten Monaten. Durch die Annahme des Arbeitszeitgesetzes würde

der achttündige Arbeitstag

gesetlich beseitigt. Wenn die Unternehmer einen Teil von ihrem Profit ablassen, dann wollen wir gern daran mitwirken, daß wir wieder zu einer Befriedung kommen. Die ganze Produktion in der letzten Zeit war jedoch nur eingestellt auf Spekulation. Das ist mit einer der Krebschäden. Wir müssen, wenn wir nicht eine Position nach der anderen kampflös preisgeben wollen, jedes Partieren mit bürgerlichen Parteien ablehnen und auf den alten Kampfplatz treten. Bei 9 Millionen organisierten Arbeitern braucht uns nicht bange zu sein. Gegen links dürfen wir nur in der Abwehr stehen. Unser gemeinsamer Feind steht rechts. Schon jetzt geht eine Klasse gegen die andere mit brutaler Gewalt vor. Wir danken der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale für ihren Akt wahrer Solidarität. Bei uns darf es nimmermehr eintreten, daß auch nur ein einziger fahnenflüchtig wird. Meinungsverschiedenheiten müssen stets sachlich ausgetragen werden. Der Rede des Reichskanzlers Stresemann muß der Entrüstungsschrei von Millionen Arbeitern entgegengehalten werden. Stehen wir zusammen Mann an Mann, dann muß der Sieg unser sein! (Stürmischer Beifall.)

In der Diskussion machte Genosse Kurt Jorke über das Wüten der Reaktion, als deren Opfer zahlreiche Republikaner im Gefängnis sitzen, recht niedererschütternde Ausführungen. Die Partei fordere, daß den Verhafteten wenigstens ein Rechtschutz gewährt wird.

Bom Genossen Herms wurde hervorgehoben, daß zwischen Theorie und Praxis doch immer ein feiner Unterschied bestehe. Die Koalition sei zurzeit ein überwundener Standpunkt. Man könne sich sehr leicht für eine schöne Rede begeistern. Die Massen aber gelte es weit mehr als bisher mit dem Sozialismus und Kommunismus vertraut zu machen.

Nach weiteren Ausführungen der Genossen Jubell und Böse hielt Dittmann des Schlußwort.

Mit einem warmen Appell des Genossen Runkler an die Parteigenossen und -genossinnen zur weiteren Mitarbeit und mit einem Hoch auf die internationale Sozialdemokratie wurde die Verhandlung geschlossen.

Groß-Berliner Parteinarbeiten.

Die Sozialdemokratische Stadtverordnetenfraktion muß am Donnerstag wegen einer wichtigen Besprechung vor Beginn der Sitzung pünktlich und vollständig zur Stelle sein.

1. Kreis, Kreuzberg, Bildungsausschuß Mittwoch (Wußberg) vorm. 10 Uhr. Sitzung bei Herz, Stollberg Str. 10. Abrechnung. — Wichtige Besprechung der Elternbeiräte-Obst. Vorstand der freien Schulanstalten und 100. Lehrer am Donnerstag, den 22. November, abends 7 Uhr, in der Wohnung des Gen. D. Müller, Mittenwalder Str. 16. Jede Abteilung muß unbedingt vertreten sein.
2. Kreis, Prenzlauer Berg, Aktionsausschuß der Elternbeiräte, Donnerstag, den 22. November, abends 7 Uhr, wichtige Sitzung beim Doman des Kreises, Albert Lorenz, Steinstr. 56, Hof II. Jede Abteilung muß vertreten sein.
3. Kreis, Kreuzberg, Donnerstag, den 22. November, 7 Uhr, Vollerhebung der Elternbeiräte der U.S.D. im Reichsverband der Kaiser-Friedrich-Hochschulen. — Arbeitsgemeinschaft der Arbeiterfreunde Freitag, den 23. November, 7 1/2 Uhr, Vollerhebung der Arbeiterfreunde. — Schule, Kottbuscher Str. 10. — Die Erziehungsarbeit der Arbeiterfreunde. — Schule, Kottbuscher Str. 10.
4. Kreis, Prenzlauer Berg, Donnerstag, den 22. November, wichtige Sitzung der Elternbeiräte der einzelnen Schulen in der Wohnung des Obmannes, Alte Döhlener Str. 17 (Stöckchen). Der Vertreter des Gewerkschaftsausschusses ist gleichfalls einzufahren.
5. Kreis, Prenzlauer Berg, Arbeiterwochenrat und Arbeiterwochenratstag Donnerstag, den 22. November, 7 Uhr, im Götterhaus, Rixdarsb. Straße, große öffentliche Versammlung über die der Wohlfahrtspflege tätigen Vereine. Vortrag von Frä. Anna v. Gierke über: „Rolle der Berliner Frauen.“
6. Kreis, Charlottenburg, Freitag, den 23. November, 7 1/2 Uhr bei Herrsch. Straße 12. Aufkommen aller Obmänner und Funktionäre der Abteilungsvereine. 1. Vorbereitung zum Bezirksabentag. 2. Bericht über die Arbeit der Abteilungsvereine.
7. Kreis, Prenzlauer Berg, Donnerstag, den 22. November, 6 Uhr im Zimmer 60 des Bernauergebäudes Reinickendorfer-Str. 48. Sitzung des engeren Kreisvorstandes.

Morgen, Donnerstag, den 22. November:

10. Abt. 7 Uhr Funktionärskonferenz, Scherzengasse 7.
11. Abt. 7 1/2 Uhr Volkshaus, Götterstr. 13/14, Vortrag über „Sozialdemokratie und Christentum.“ Referent: Gen. Brandel.
12. Abt. 7 1/2 Uhr Funktionärskonferenz in der „Linde“, Werder-Str. 11, Reinickendorfer-Str.
13. Abt. Reinickendorfer-Str. 7 1/2 Uhr im Jugendheim Seebad, Reinickendorfer-Str. 49, Funktionärskonferenz.
14. Abt. Reinickendorfer-Str. 7 1/2 Uhr Mitgliederkonferenz im Volkshaus, Scherzengasse 7. 11. Vortrag über: „Die politische Lage und die Sozialdemokratie.“ Referent: Gen. Runkler, D. v. N. Die Parteiführer haben zu dieser Besammlung ein
15. Abt. Prenzlauer Berg, 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Straße am Jungfernstieg. Gruppe Prenzlauer Berg. — Gruppe Reinickendorfer-Str. 7 1/2 Uhr im Jugendheim, Kottbuscher Str. 10, wichtige Besprechung. Erscheinen aller Mitglieder Pflicht.

Sterbetafel der Groß-Berliner Partei-Organisation

16. Abt. Am 15. November verstarb unser Genosse Theodor Zimmermann. Beerdigung am Donnerstag, den 22. November, 3 1/2 Uhr auf dem Gornikfriedhof.
17. Abt. Schöneberg, unser früherer langjähriger Bezirksführer, Gen. Friedrich Dreyer ist im 61. Lebensjahre verstorben. Beerdigung Donnerstag, den 22. November, 4 1/2 Uhr, im Krematorium Wilmersdorf.
18. Abt. Reinickendorfer-Str. Am 15. November verstarb unser Genosse Hermann Feber. Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 22. November, 2 1/2 Uhr, im Krematorium Baumhulshofweg, Reinickendorfer-Str. 21, statt.

Arbeiterport.

Kunst- und Sportverein „Fichte“, Berlin, Freitag, den 7. Dezember, Raufturnturnen der Alten Herren in der Turnhalle Rappent. 7. abends von 6-10 Uhr. Nach dem Turnen Abkühlen Platz 9 bei Götterstr.

Wanderklub V. u. B., Berlin. Die für Donnerstag, den 22. November, in Tempelhof angelegte Wandtour führt aus und findet Freitag, den 23. November, Turnhalle Prinzess. 7. abends 8 Uhr, statt.

Am 1. Arbeiter-Sport- und Kulturverein im 1. Verwaltungsbezirk, Berlin-Mitte. Am 22. November, abends 7 Uhr, Schule Götterstr. 13, Belegiertenversammlung des Arbeiter-Sport- und Kulturvereins. Alle Arbeitervereine müssen Delegierte entsenden.

Sport.

Der Wiener-Bezirk im National-Theater. Am Sonnabend wurde in der allbekannten Kamballe am Seidengänge bei der Fortsetzung der Kämpfe lässliche Arbeit geleistet. Kornblum-Lada und Gebhardt, Reußlin rangen 25 Minuten unentschieden. Dutanen-Rimland und Siegfried II. Norddeutschland lieferten den schönsten Kampf des Abends. Der technisch hervorragende Rimländer siegte schon nach 14 Minuten über den sich gut verteidigenden Siegfried II durch Ausbeugen aus dem Stand. Der harte Gegner Angilo machte mit Dittmann-Berlin wenig Umstände und brachte ihn schon nach drei Minuten auf beide Schultern. Der schwere Schotte Macdonald mußte am Sonntag schon nach 15 Minuten der besseren Technik von Dutanen-Rimland den Sten überlassen. Angilo gegen Dilling-Berlin erbehrte Kornblum-Lada gegen Ueban-Sti. Polen kamen nach stollen Kämpfen zu keinem Resultat. Der Montag brachte im Hauptstreifen ein völlig unentschiedenes Ergebnis. Gebhardt-Reußlin konnte dem leicht schwebenden Weltmeister Dutanen-Rimland 25 Minuten handhaben. Das Ergebnis des stollen internationalen Kampfes war ein Unentschieden. Deswegen konnten Barlow-Sti. Berlin und Kornblum-Lada nur zu einem Unentschieden im Entscheidungskampf Dilling-Berlin gegen Siegfried II. Norddeutschland siegte später nach schönem Kampf, indem er Siegfried II in der 45. Minute durch Kopfzug auf beide Schultern brachte.

Kampfbereitschaft der Partei.

Die Stellungnahme unserer Funktionäre.

Um zu den letzten Ereignissen Stellung zu nehmen, waren unsere Partei- und Gewerkschaftsfunktionäre gestern abend in der „Neuen Welt“ sehr zahlreich versammelt. Reichstagsabgeordneter Genosse Robert Dittmann führte dort etwa folgendes aus: Dieser Saal erinnert mich an eine bedeutsame Tagung, und zwar an den ersten Betriebsrätekongress. Es sind sicherlich viele unter den Genossen, die an der damaligen Tagung teilgenommen haben. Wir stellen uns damals auf den Standpunkt, daß die Arbeit der Betriebsräte im Verein mit den Gewerkschaften erfolgen muß. Wir wollten uns nicht begnügen mit dem, was uns in den Tagen der Revolution zuteil wurde. Ich bitte Sie, die damalige Zeiterose mit der gegenwärtigen zu vergleichen; damals kosteten Millionen deutscher Arbeiter: Laßt nicht locker in unermüdlicher Arbeit zu unserer Befreiung. Wie nimmt sich dagegen die letzte Zeit aus? Die große Koalition kam zustande. Wohin sind wir gekommen? Es dauerte gar nicht lange, so wurden wir schon wieder zusammengerufen, um über das Jagd der neuen Regierung zu beraten. Die Verhältnisse in Bayern haben sich immer mehr zugespitzt. Sehr bald zeigten sich die Früchte der bayerischen Wahlen.

Das Ermächtigungsgesetz

war ein großes Opfer für die Partei. Wenn unsere Regierungen sonst herzlich langsam arbeiten, so sind sie jetzt sehr intensiv tätig gewesen, um mit Hilfe des Gesetzes der Arbeiterschaft Dammenschräuben anzulegen. Das Ermächtigungsgesetz ist jetzt zwar gefallen, aber Duhende von Verordnungen sind an dessen Stelle getreten.

Der Belagerungsstand

ist nicht gegen Bayern angewandt worden. Dort hat man auf die Maßnahmen der Reichsregierung reagiert. In Sachen hat man auf Grund der freiesten, demokratischsten Verfassung Minister aus ihrem Amte entfernt, die gerade auf verfassungsmäßigem Wege gewählt worden waren. Wenden wir den Blick nach Thüringen, so bietet sich uns dort ein gleiches

empörendes Bild. Die Zustände, die uns der thüringische Ministerpräsident, Genosse Fröhlich, in der Fraktion schildern mußte, sind geradezu erschütternd und beschämend für die Arbeiterklasse. Die Reaktion führt einen Kampf nicht nur gegen die Kommunisten, sondern

gegen die gesamte Arbeiterschaft.

Wir müssen jetzt alles Trennende zurückstellen, weil sonst für die nächste Zukunft das Allerschlimmste zu befürchten ist. Auch in Preußen und sogar in Berlin hat sich das Wüten der Reaktion bemerkbar gemacht. Das haben die letzten Streiks, die aus schwerster wirtschaftlicher Not geboren waren, bewiesen. Hätte die Arbeiterschaft einen ebenso rücksichtslosen Kampf geführt wie unsere Gegner, dann wäre es um unser Wohl besser gestellt.

Nun gilt es noch einen Blick nach dem Westen zu tun. In den verhängnisvollen Tagen des Ruhrkonflikts hat man die Arbeiter belästigt und zum passiven Widerstand, also zum Streik, aufgefordert. Das Großunternehmertum aber führt jetzt einen rücksichtslosen Kampf gegen diese Volksteile. Ein großer Teil der Unternehmer hilft gewissenlich noch dabei mit,

die Arbeiterschaft zu vergrößern.

Man will auf diese Art die Arbeiterschaft um so willfähriger machen. Die Bergarbeitervertreter haben erklärt, wenn die Grubenbarone den Arbeitern die Arbeitsmöglichkeit weiter verschließen, dann wird die Arbeiterschaft die Produktion selbst in die Hand zu nehmen versuchen. Allenhalben ist die Arbeiterschaft des gegenseitigen Bruderkampfes schon längst müde. Es fehlen in dieser kritischen Situation nur die berufenen Führer. Wir müssen gerade aus der Vergangenheit Mut und Kraft für die Gegenwart

schöpfen. Dann werden wir den Spür der Reaktion überwinden. Dittmann kam nach einem kurzen Rückblick auf die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, die immer den größten Mut von jedem einzelnen erfordert habe, zu der Schlußfolgerung, daß uns auch heute mehr denn je der Glaube an unsere Sache beleben müsse. Wir haben die Weimarer Ver-

